Zeitschrift: Jahrbuch Oberaargau : Menschen, Orte, Geschichten im Berner Mitteland

Herausgeber: Jahrbuch Oberaargau

Band: 31 (1988)

Artikel: Die Arbeiterbewegung von Herzogenbuchsee 1880-1940 : wie aus "Heloten" Sozialdemokraten wurden

Autor: Schwaar, Karl

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1071743

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE ARBEITERBEWEGUNG VON HERZOGENBUCHSEE 1880–1940

Wie aus «Heloten» Sozialdemokraten wurden

KARL SCHWAAR

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften waren auf dem Land mit Bedingungen konfrontiert, die ihre Entfaltung stark beeinträchtigten: Die Arbeiter waren fest eingebunden in die dichten Sozialbeziehungen einer ländlichen Kleingesellschaft, ihr proletarisches Gefühl wurde deshalb immer wieder durchkreuzt und gedämpft. Davon ausgehend, stehen folgende Fragen im Vordergrund: Wann und unter welchen Bedingungen drang ein Klassenbewusstsein in die Arbeiterschaft von Herzogenbuchsee ein? Welche Strahlungs- und Bindekraft ging von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften aus? Wie verlief deren Integration in Gemeinde und Gesellschaft? Grundlage des folgenden Artikels ist eine an der Universität Bern geschriebene Lizentiatsarbeit. Der erste allgemeine Teil ist im letztjährigen Jahrbuch 30, 1987, S. 131 ff. erschienen.

1. Die Arbeiter als «Heloten»

«Im Anfang unseres Bestehens war unsere Sektion wohlgelitten, sie durfte blühen und gedeihen; als sie sich aber für die Annahme des Fabrikgesetzes wacker ins Zeug legte, war es mit der Sympathie von Seiten der Dorfmagnaten und der Fabrikpaschas vorbei, und die Arbeiter der Seidenbandweberei hatten die Wahl, entweder dem Grütliverein adieu zu sagen oder ihre Arbeit zu verlieren.»[1]

1.1. Die Organisationen

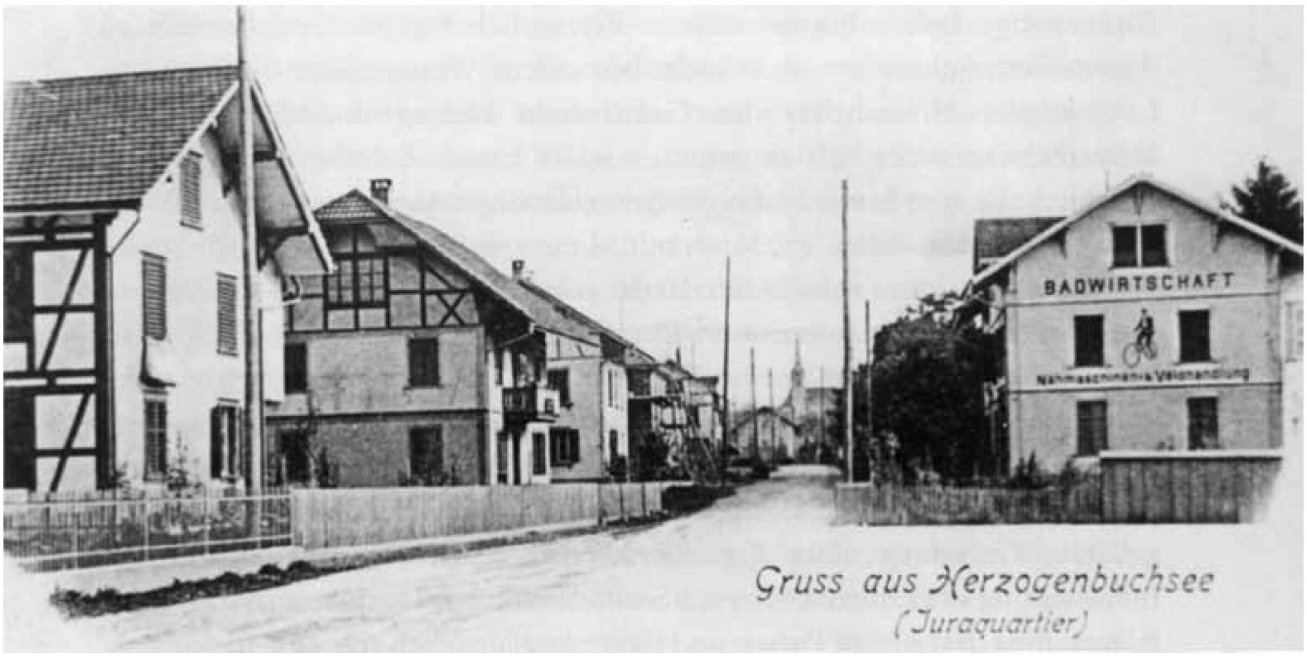
1867 wurde in Herzogenbuchsee eine Sektion des Schweizerischen Grütlivereins SGV gegründet. Wie andernorts bestand sie in erster Linie aus Handwerkern, die ihren Arbeitsort häufig wechselten, was zu einer hohen Mitgliederfluktuation führte. Am lokalen politischen und sozialen Leben beteiligte sich der Verein deshalb kaum, im Vordergrund standen vielmehr *Bildungsaktivitäten:* Der Grütliverein verfügte über eine kleine Bibliothek, er schickte seine Mitglieder in die Handwerkerschule und hielt regelmässig Diskussions- und Gesangsstunden ab. Betont wurde stets das gute Verhältnis zu den Behörden.

In den Jahren 1873/74, als sich die Grütlianer im Rahmen des freisinnigen Volksvereins für die Totalrevision der Bundesverfassung einsetzten, nahm die Zahl der Mitglieder sprunghaft von 32 auf 64 zu. Es meldeten sich «viele junge Arbeiter», aber auch «achtbare Männer», so dass der Verein nun «viele verheirathete und etablierte Mitglieder» zählte. Das lässt darauf schliessen, dass er gewisse *Parteifunktionen* im Sinne einer *radikalliberalen Tendenz* ausübte.

Ab 1875, als der SGV dem Schweizerischen Arbeiterbund beitrat, gingen die Mitgliederzahlen ebenso schnell wieder zurück. Es gebe Meisterleute, wurde geklagt, «welche die Arbeiter vom Verein fernzuhalten versuchen, indem sie glauben, dieselben würden im Verein aufgewiegelt»! Mit ihrem Einsatz für das 1877 knapp angenommene eidgenössische Fabrikgesetz zogen sich die Grütlianer weitere Gegner zu. Behörden und Bevölkerung seien dem Verein nicht hold gesinnt, hiess es, weshalb «viele Mitglieder, namentlich Fabrikarbeiter {...} von den Herren Fabrikanten viel zu leiden hatten und entlassen wurden».[2]

Ab 1880 änderten die Buchser Grütlianer ihre Politik. Der Verein huldigte nun «... durchschnittlichen Tendenzen der konservativen Demokratie; die hiesigen liberalen Führer sind die verbissensten Gegner einer sozialen Reform und seit der Abstimmung über das eidg. Fabrikgesetz unsere erbittertsten Feinde. Mit unserer von den meisten anderen Sektionen etwas abweichenden Politik glauben wir trotzdem, oder vielmehr deswegen, dem Geist des Rütli eben so nahe zu stehen, als diejenigen, die es sich zur Aufgabe machen, die Schleppenträger des herrschenden Liberalismus zu sein.»[3] Hinter diesem Richtungswechsel stand vermutlich Ulrich Dürrenmatt, der 1880 nach Herzogenbuchsee zog und bis 1883 dem Grütliverein angehörte.

Bald aber schwenkten die Buchser Grütlianer auf die vom SGV vertretene Linie ein, der sich mehr und mehr *sozialdemokratischem Gedankengut* annäherte. 1892 änderte er seinen Zweckartikel und strebte nun «die Entwicklung des politischen und sozialen Fortschritts im Schweizerlande auf Grundlage der Sozialdemokratie» (vorher: «auf Grundlage der freisinnigen Demokratie») an. Die endgültige Abkehr vom Freisinn vollzog der SGV 1901, als er sich unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit mit der 1888 gegründeten Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) zusammenschloss und dort den rechten Flügel bildete. Der Grütliverein von Herzogenbuchsee stimmte der «Solothurner Hochzeit» mit 12 zu 1 Stimmen zu, auch er wollte nun «ein würdiges Glied der socialdemokratischen Partei»



Im Restaurant «Bad» fand am 28. Februar 1909 die Gründungsversammlung der Arbeiterpartei statt.

sein. Lokalpolitisch manövrierte er sich damit vollends ins Abseits; zahlreiche Mitglieder, insbesondere die «indifferenten Kleinmeister» traten aus dem Verein aus.[4]

Zahlreiche Arbeiter sympathisierten aber nach wie vor mit der Volkspartei. Es gelte dafür zu sorgen, schrieb die Tagwacht 1903, «dass die Arbeiter endgültig von der Partei des Herrn Dürrenmatt losgelöst werden, zu der sie doch nur kamen, weil sie allerdings mit ihrer Lage unzufrieden waren, aber bis jetzt noch nichts Besseres wussten, weil die Lehren der Sozialdemokratie in unserem Landesteil ihnen bis vor kurzem kaum dem Hörensagen nach oder doch nur in der Verzerrung der bürgerlichen Blätter bekannt waren».[5] Und an einer Parteiversammlung in den 30er Jahren schilderte ein Genosse «anschaulich die früheren politischen Kämpfe zwischen Freisinnigen und Konservativen, bei denen die Arbeiter eingereiht waren. Sie mussten jeweilen die Kosten der Schlägereien zwischen ‹Brauerei› und ‹Sonne› bezahlen».[6]

1902 gründeten die Arbeiter der Schuhfabrik Stuber die erste *Gewerkschaft* auf dem Platz. Von einem «sofortigen, unbesonnenen und unüberlegten Vorgehen gegenüber der Fabrikleitung» sahen sie aber ab – auch als diese

eine 20prozentige Lohnreduktion erliess. Vermutlich hat die Gewerkschaft zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr bestanden. Wenig später forderten die Langenthaler Holzarbeiter den Grütliverein Herzogenbuchsee auf, eine Holzarbeitergewerkschaft zu gründen: «Die letzten Lohnbewegungen sind nur durch die vom Lande herbeigezogenen Unorganisierten, vulgo Streikbrecher, resultatlos verlaufen, und mit diesen aufzuräumen und sie ihren Berufsorganisationen zuzuführen, ist der politischen Vereine erste Pflicht und in ihrem ureigensten Interesse.»[7] Der Aufruf zeitigte keine Wirkung. Eine kurze Lebensdauer wies der im Frühjahr 1907 gegründete Fachverein der Zementfabrik-Arbeiter auf. Eine Lohnbewegung im Sommer musste vertagt werden, ein Jahr später war schon von einem Wiederaufbau die Rede, weitere Meldungen folgten nicht. Erfolgreicher war die vom Grütliverein in die Wege geleitete Gründung eines Konsumvereins im September 1905. Trotz der Hinwendung des Grütlivereins zur Sozialdemokratie tauchten immer wieder Klagen über das harzige Partei- und Gewerkschaftsleben auf. Am 11. Februar 1906 schritten deshalb einige Arbeiter zur Gründung eines *Arbeitervereins*. In einem Aufruf hiess es: «Arbeiter von Herzogenbuchsee, wacht auf, vereinigt euch, werft weg den ewigen Schlendrian, der hier noch so üppig blüht, und tretet ein in den Arbeiterverein. [...] Saget nicht: ‹I dä Verein go-n-i nit, do isch die glichi Ornig wie im Grütliverein; dä verfolgt o nit d's rächte Prinzip› (wie Schreiber dieses selbst hat hören müssen), sondern kommt und macht Ordnung, wenn keine ist.»[8] Der neugegründete Arbeiterverein führte gleich die erste Maifeier von Herzogenbuchsee durch. Das Verhältnis der beiden Vereine war in den folgenden Jahren stets von Spannungen geprägt, die bis hin zu offener Feindschaft reichten. So schrieben die Grütlianer von den «Sozialautokraten des jungen Arbeitervereins», dem der Namen «Grütliverein» zu national und patriotisch klinge. Trotz solcher Zwistigkeiten schlossen sich die beiden Vereine am 28. Februar 1909 zur *Arbeiterpartei* zusammen, ohne aber ihre Selbständigkeit preiszugeben. Auch andernorts machte in diesen Jahren die Arbeiterbewegung Fortschritte.

Dieser Aufschwung wurde auf die relativ knappe Annahme des von den Sozialdemokraten bekämpften Streikgesetzes im Februar 1908 zurückgeführt. Er setzte sich mit der Wahl des Langenthaler Grütlianers August Rikli in den Nationalrat im darauffolgenden Herbst fort.[9] Ein Jahr später berichtete der Langenthaler Tagwacht-Korrespondent:

«Gewaltig hat seit letztem Herbst in unserem Kantonsteile die sozialdemokratische Bewegung um sich gegriffen. Wir haben hier nicht mehr den Arbeiter, der allen politischen

Fragen gleichgültig entgegensieht, sich weder um staatliche noch kommunale Politik kümmert oder blindlings nach der Zuchtrute der herrschenden freisinnigen Partei tanzt. – Nein, er hat einsehen gelernt, dass er sich seine Rechte selbst verschaffen muss und nur eine gut organisierte Arbeiterschaft ihm eine Besserstellung erkämpfen kann. [...] Kaum ein Sonntag vergeht, wo nicht in irgend einem Dorfe eine Agitationsversammlung für Gründung eines Arbeitervereins abgehalten wird, wonach dann auch meistens ein solcher Verein ins Leben gerufen wird.»[10]

Bald schon musste sich der Vorstand der Arbeiterpartei den Vorwurf gefallen lassen, er sei eingeschlafen. Im Grütliverein war man der Meinung, «dass wir uns nicht auf die Arbeiterpartei resp. den Vorstand derselben verlassen sollen, sondern selbst die Initiative ergreifen müssen, wenn hier wieder ein sozialpolitischer Fortschritt sich zeigen soll». Und 1911 wurde resigniert festgestellt, der Verein habe «als Glied der Arbeiterpartei keine extra grossen Erfolge zu verzeichnen; doch liegt die Schuld daran an den hiesigen Verhältnissen, die sich nur sehr schwer ändern lassen». Ab diesem Jahr gab es in Herzogenbuchsee auch keine Maifeiern mehr, sondern nur noch die traditionellen Novemberfeiern des Grütlivereins. In die Lücke sprang die 1912 gegründete Amtspartei, die ab dem kommenden Jahr Maifeiern in Wangen organisierte. Die Arbeiterpartei hielt ihre Versammlungen immer spärlicher ab; 1913 endet der erste Protokollband abrupt mit der verschobenen Wahl eines Präsidenten.

Dieser organisationsgeschichtliche Überblick zeigt, dass die Arbeiterbewegung in Herzogenbuchsee einen schweren Stand hatte. Es waren indes Schwierigkeiten, wie sie in anderen ländlichen Ortschaften ebenfalls auftraten: «In der Industrie auf den Landgemeinden kennt der Kapitalist heute noch die meisten seiner Arbeiter. Viele von ihnen haben mit ihm noch auf den Primarschulbänken gesessen. Während diese Leute auch bei der ärgsten Ausbeutung und schlechtesten Bezahlung immer noch rasch geneigt sind, auch die Interessen ‹ihres Herrn› nicht durch ‹übertriebene› Forderungen zu verletzen, sind etwa die zugewanderten Arbeiter aus anderen Gründen ebenso abhängig. Einmal sind die einheimischen Arbeiter aus den eben genannten Rücksichten für die berufliche Organisation nicht zu gewinnen, die dem lokalen Industrieproletariat einen Rückhalt zu geben vermöchte. Sodann aber ist auch der fremde Arbeiter auf dem Lande viel abhängiger als in den Städten, weil er manchenorts politisch rechtlos ist und weil es in der betreffenden Ortschaft keine zweite Arbeitsgelegenheit des gleichen Berufes für ihn gibt und ein Umzug nach auswärts mit geradezu ruinösen Kosten verbunden zu sein pflegt.» Die Arbeiterschaft werde deshalb weder gewerk-

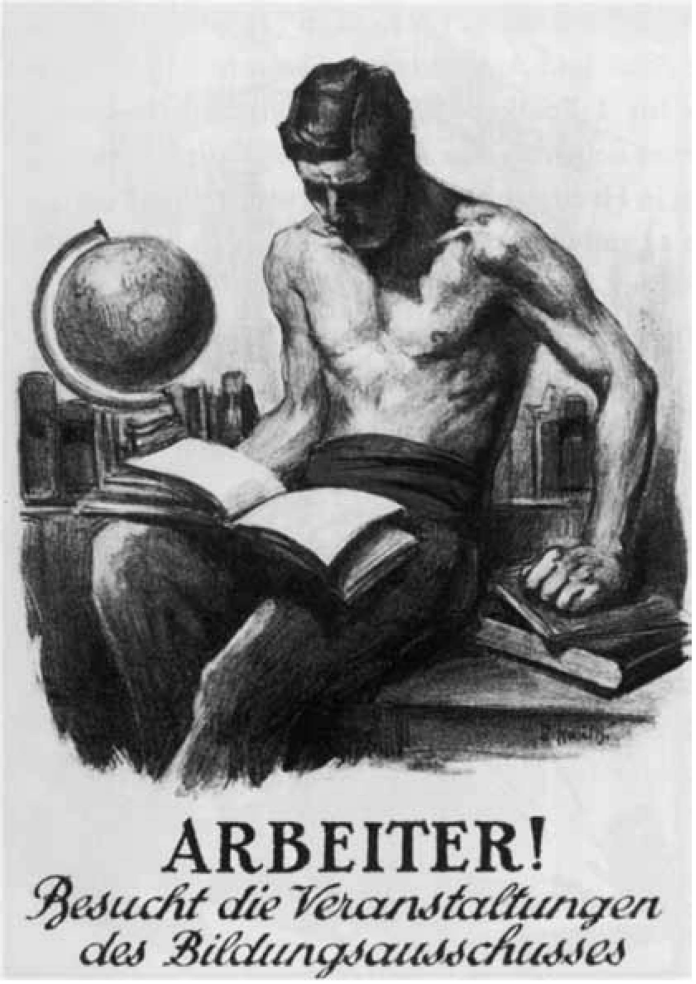
schaftlich noch lokalpolitisch aktiv werden. «Denn kommunale Arbeiter-Politik hat auf dem Lande, wo Arbeitgeber und Gemeindevorsteher fast durchwegs die gleichen Personen sind, eine ebenso direkte und empfindliche Spitze wie der gewerkschaftliche Kampf.» Es sei also wahrscheinlicher, dass sich die Arbeiter für sozialpolitische Bestrebungen auf dem ganzen Staatsgebiet und besonders für die Konsumgenossenschaftsbewegung einsetzen würde, schliesst der zitierte Artikel.[11]

1.2. Die soziale Lage

Ab den 1890er Jahren erlebte die Wirtschaft zwar einen langfristigen konjunkturellen Aufschwung, die Reallöhne der Arbeiter stiegen aber kaum. «Der Durchschnittsarbeiter erreichte um 1875 bereits ein gewisses Maximum in der Lebenshaltung.» Gewiss war dies um 1900 der Fall; in diesem Jahr lag der Reallohnindex um einen Punkt höher als 1914. Ein ähnliches Bild vermitteln die Wandlungen in der Verbrauchsstruktur: Für den Existenzbedarf (Nahrungsmittel, Kleider, Wohnung, Heizung) gab ein Arbeiterhaushalt 1875 96 Prozent, 1900 81 Prozent und 1914 79 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel aus. Den Hauptanteil bildeten dabei die Ausgaben für Nahrungsmittel, die von 62 über 49 auf 45 Prozent sanken und dies bei einem sehr eintönigen Speisezettel: Kartoffeln, Brot, Zichorienkaffee, Suppe, Mehlspeisen und etwas Milch und Käse.

Der einigermassen gleichmässige Verlauf der Lohn- und Preisindexreihen ab 1900 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeiterschaft damals für uns heute undenkbaren zeitweiligen *Reallohnverlusten* gegenüber stand. Einerseits wurde die Teuerung spät oder überhaupt nicht ausgeglichen, andererseits mussten die Arbeiter beim geringsten Konjunktureinbruch Lohnkürzungen in Kauf nehmen. So reduzierte die Schuhfabrik Stuber ihre Akkordansätze 1904 von einem Tag auf den anderen um 20 Prozent. Und 1910 senkte die Firma die Tageslöhne von 5 bis 6 Franken auf 4.80. Im gleichen Jahr verdiente ein Schreiner in der Seidenbandweberei täglich 3.75 und ein Mechaniker 5 Franken. Besonders gering war der Verdienst der Seidenbandweber und -Weberinnen, nämlich 2.80 resp. 1.80 pro Tag. Zumindest diese Löhne lagen wesentlich unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Aufschlussreich ist ein Vergleich dieser Löhne mit den Nahrungskosten: Der (angenommene) tägliche Bedarf eines fünfköpfigen Haushaltes – 2 Kilo



Plakat von Dora Hauth (1923). Aus der Kartenserie Schweizerische Arbeiterbildungszentrale SABZ, Bern

Brot, 1,5 Kilo Kartoffeln, 1,5 Liter Milch, 60 Gramm Butter, 250 Gramm Fleisch, 50 Gramm Kaffee, 1 Ei – kostete 1910 2.11 Franken. Viele Arbeiterfamilien konnten deshalb nur existieren, wenn auch die Frau einem Erwerb nachging. Um 1890 brachte ein Mann durchschnittlich etwa 60 Prozent der Familienausgaben auf; dieser Anteil stieg bis 1900 auf 75 Prozent an, verschlechterte sich aber gegen 1914 wieder. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass die Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit, die in dieser Zeit allerdings nicht besonders akut war, oder gegen Invalidität nicht versichert waren. Immerhin existierten *Krankenkassen*, so eine solche für die Arbeiter der Seidenbandweberei und die Industrie-Krankenkasse Herzogenbuchsee, die für die Belegschaft der angeschlossenen Firmen obligatorisch war. Sie zahlte

1901 im Krankheitsfall während maximal drei Monaten Taggelder von 1 bis 2 Franken und übernahm die Arzt- und Arzneikosten. Der monatliche Beitrag belief sich auf 60 Rappen bis 1 Franken. Um ihre existentielle Basis zu erweitern, übten viele Arbeiter nebenbei eine *landwirtschaftliche Tätigkeit* aus. Bis zum 1. Weltkrieg waren in Herzogenbuchsee nur etwa 30% der rund 140 Viehbesitzer vollberuflich als Landwirte tätig. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass von den zahlreichen in den umliegenden Dörfern wohnenden Arbeitern wohl die meisten ebenfalls einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb führten. Eine grosse Bedeutung kam zudem der Allmend zu. Die Burgergemeinde Herzogenbuchsee besass grosse Äcker, auf denen die Burger Kartoffeln anpflanzten. Als weitere Möglichkeit, die finanzielle Situation aufzubessern, wird sogar das Sammeln von Heidelbeeren genannt.

Alle diese subsidiären Erwerbstätigkeiten mussten nach (oder vor) einem ausserordentlich langen Arbeitstag ausgeübt werden, Freizeit blieb zumindest zu gewissen Jahreszeiten praktisch keine übrig. 1901 betrug die wöchentliche *Arbeitszeit* in den meisten Buchser Betrieben, die dem Fabrikgesetz unterstellt waren, 62,5 bis 65 Stunden. Und noch 1911 waren 59 Wochenstunden die Regel.

1.3. Politische Diskriminierung und Repression

Die Autonomie der schweizerischen Gemeinden ist legendär, ebenso sind es die Gemeindeversammlungen, an denen die Bürger im Stil der direkten Demokratie mehrmals jährlich die wichtigen Entscheide treffen. Bis 1904 waren in Herzogenbuchsee aber zahlreiche Stimmbürger, sogar die «freisinnigen Kleinbürger», von den *Gemeindeversammlungen* ausgeschlossen – aus dem einfachen Grund, dass sie am Nachmittag stattfanden. Erst eine Motion der Grütlianer brachte die Verlegung auf den Abend. Mit einer Selbstverständlichkeit und ohne schlechtes Gewissen wurde im Landboten anschliessend festgestellt: «Die Folge wird sein, dass fürderhin die Versammlungen zahlreicher als bisher besucht werden, indem auch dem Lohnarbeiter, der seine Steuern entrichtet, Gelegenheit geboten wird, sich an der Verhandlung der Gemeindegeschäfte zu beteiligen. In diesem Fall aber ist ein geeignetes Lokal sehr von Nöten.»[12] Noch krasser war, dass im Kanton Bern auf Gemeindeebene nur stimmen und wählen durfte, wer Steuern entrichtete. «Wer nicht mindestens 6 Fr. 75 jährlich zahlt, ist Bürger zweiter Klasse, ist

Plakat von Aldo Patocchi: Krieg dem Kriege (1934). Aus Kartenserie SABZ Bern

politisch rechtlos, ein Helote.»[13] Am 18. März 1915 hob das Bundesgericht diese Bestimmung auf Klage vier hartnäckiger Arbeiter aus Bolligen auf. In Herzogenbuchsee nahm danach die Zahl der Stimmberechtigten gleich um 150 Mann auf 608 männliche Bürger zu.

Politisch Farbe zu bekennen fiel manchem Arbeiter schwer; die Angst hatte allerdings triftige Gründe. Emil Moser etwa galt als Fabrikant, «der jeden aus seiner Fabrik herausschmeisst, der dem Grütliverein angehört». Andere Fabrikanten fackelten ebenfalls nicht lange: Als die Arbeiter der Schuhfabrik Stuber eine Versammlung abhielten, um eine Gewerkschaftsgründung zu diskutieren, musste anschliessend jeder Teilnehmer beim Patron vortraben. Folge: «Die Arbeiter verloren den letzten Mut.»[14]

Wie mit Arbeitern umgesprungen wurde, die sich nicht einschüchtern

liessen, zeigt das Beispiel von Jakob Steiger. Er wurde von der Schuhfabrik Stuber mit der Begründung entlassen, es sei eine neue Maschine angeschafft worden. Die Tagwacht vermutete aber sofort *politische Motive.* Steiger war nämlich Präsident des Grütlivereins, des Kreisverbandes, der Schuhmachergewerkschaft und der Gewerkschaft der Papierfabrik Utzenstorf. Ein Einsender doppelte nach, die Arbeiterbewegung sei in Buchsi noch so im Rückstand, «dass man sich verwundert, wenn ein Unternehmer einen Arbeiter, von dem er auch nur ahnte, dass er sich mit Politik beschäftigt, nicht sofort entlässt».[15] Steiger selber erhob in der Folge eine ganze Reihe von Vorwürfen an Stubers Adresse: Verschiedene Ansätze bei Akkordentlöhnung, Einstellen von lohndrückenden Lehrlingen, regelmässiges Vorrichten der Fabrikuhr um 10 bis 15 Minuten, Verzögerungen bei der Lohnauszahlung, Sonntagsarbeit für Fertigmacherinnen, Tätlichkeiten des Werkführers, ungerechte Entlassungen. Auf Steigers Aufforderung hin, «alles, was ich Ihnen zur Last gelegt habe, in der ‹Tagwacht› zu widerlegen», reagierte Stuber nicht. Es war auch gar nicht mehr nötig. Steiger, «der den grössten Anteil an den schönen Erfolgen der Arbeiter in letzter Zeit» gehabt hatte, zog weg und stürzte den Grütliverein in eine Krise. «Dem freien Mann das freie Wort, aber ja kein Brot», zogen die Genossen Bilanz.[16]

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr einem anderen auswärtigen Arbeiter. Er war von Spenglermeister und Grütlianer Samuel Steiner angestellt worden «mit der Bedingung, dass er den Grütliverein Herzogenbuchsee wieder etwas auf die Höhe bringen helfe. Der Grütliverein besteht aber meistens aus älteren Leuten, mit denen der jüngere Gewerkschafter nicht einig werden konnte. Er trat deshalb aus und gründete mit andern einen Arbeiterverein, der bis 70 Mitglieder zählte». Das hatte Konsequenzen: Die Intervention eines Gemeinderats beim Meister, so der Tagwacht-Korrespondent, sei zwar noch glimpflich abgelaufen. Doch dann habe sich der Arbeiter bei einem Holzfrevel erwischen lassen, worauf das halbe Dorf Zeter und Mordio geschrieen habe. Steiner entliess ihn prompt.[17]

Pikant ist schliesslich der Fall von Lehrer Ernst Reinhard. Er betätigte sich als Korrespondent und Aushilfsredaktor der Neuen Freien Zeitung in Olten. Der Landbote erfuhr davon via Solothurner Tagblatt und reproduzierte einen Artikel, in dem Reinhard vorgeworfen wurde, allem, was von bürgerlicher Seite stamme, mit groben Ausfällen zu begegnen. «Auf diese Weise hetzt Genosse E. R., der ein bernischer Lehrer in Herzogenbuchsee sein soll – (Ernst Reinhard, geb. 1889) – unsere braven Arbeiter auf, dass sie mit Widerwillen

ihre Militärpflicht erfüllen, in ihren verdienstspendenden Arbeitgebern nur Unterdrücker sehen usw. – Pfui einer solchen Schreibweise!»[18] Zwei Wochen später schloss die Arbeiterpartei Reinhard, der an der Gründerversammlung noch eine «begeisternde Ansprache» gehalten hatte, nach «reiflich gewalteter Diskussion und wohlüberlegtem Handeln» aus. Die Kontroverse hing irgendwie mit dem Grütliverein zusammen, mehr verraten die Protokolle nicht. Denkbar ist, dass Reinhard auch seinen Genossen zu weit gegangen ist, der zitierte Artikel mag ebenfalls mitgespielt haben. Politische Karriere machte Reinhard trotz dieses Ausschlusses. Sie gipfelte im Präsidium der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das er von 1919 bis 1936 inne hatte.

1.4. Kommunalpolitik

Die wenigen Vorstösse, die die Buchser Arbeiterschaft bis zum Weltkrieg an Gemeindeversammlungen unternahm, hatten meist eine Verbesserung ihrer *Partizipationschancen* auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zum Ziel. So forderte sie erfolgreich die Verlegung der Gemeindeversammlungen auf den Abend (1904), die Einführung des Urnensystems bei Gemeinderatswahlen (1910) und die Abgabe der Gemeindeordnung an sämtliche Stimmbürger (1910). Ferner erreichte sie, dass die Feuerwehruniformen durch die Gemeinde bezahlt wurden (1906) und dass der Gemeindebeitrag an die Musikgesellschaft von 400 auf 500 Franken erhöht wurde (1909). Einen hartnäckigen *sozialpolitischen Kampf* focht sie um die *Unentgeltlichkeit der Lehrmittel* aus. 1898 erlitt der Grütliverein damit zum ersten Mal Schiffbruch: Seine Motion wurde mit 43 zu 24 Stimmen abgelehnt. 1904 wagte er einen Neuanlauf. Ein Einsender meinte im Landboten dazu, es sei «eine gerechte Sache gegenüber den verschämten Armen, welche nicht durch ein Gemeindealmosen in ihrer Selbständigkeit beeinträchtigt und zu dem Werkzeug der jeweiligen Behörden gezwungen sein wollen». Aber auch Gegner meldeten sich im freisinnigen Blatt zu Wort. Und Dürrenmatt sprach sich zwar dafür aus, den Kredit zu erhöhen, wandte sich aber gegen die Einführung der allgemeinen Unentgeltlichkeit. Damit werde «ja nicht den Armen geholfen, weil diese sie schon habe, sondern den Vermöglichen, welche sie gar nicht brauchen und nicht begehren».[19] Die Gegner setzten sich an der letzten Nachmittags-Gemeindeversammlung mit 76 zu 51 Stimmen durch. Der «Kampf um die Befreiung aus dem moralischen Helotentum» war erst 1909 von Erfolg gekrönt. Es sei

Die Bahnhofstrasse um die Jahrhundertwende

eine schreiende Ungerechtigkeit, hatten sich die Arbeiter gewehrt, «dass man auch hier wieder den Armen fühlen lässt, dass er Almosen empfängt. Der Reiche kann zahlen, der Arme nicht, also kriegt er ein Geschenk von der Reichen Gnaden».[20] In drei Vierteln der Gemeinden des Kantons Bern sollen die Lehrmittel zu diesem Zeitpunkt schon gratis gewesen sein.

Der «Buchsi-Geist»

Private Wohltätigkeit stand in Herzogenbuchsee über Jahre hinweg hoch im Kurs; sie gehörte gewissermassen zum oft beschworenen «Buchsi-Geist». In diesem Punkt waren sich sogar der freisinnige Führer Emil Moser, der die Arbeiter als «unsre Mitmenschen, deren Wohl und sittliche Hebung uns ganz besonders angelegen sein soll», bezeichnete, und Ulrich Dürrenmatt einig, der die private Wohltätigkeit bevorzugte und das Heil zwischen Arbeitgeber und -nehmer in einem patriarchalischen Verhältnis sah. Eine wichtige Rolle spielte Amelie Moser, «die grosse Frau», eine Schwester von Emil. Sie war die treibende Kraft des Frauenvereins, der 1890 die Wirtschaft zum «Kreuz» kaufte und dort die erste alkoholfreie Gaststätte der Schweiz

und andere gemeinnützige Institutionen einrichtete. Mittlerweile habe das «Kreuz» wohl «manchen Genossen in den Volks-, den Gemeinde-, Jugend- und Gesellschaftshäusern rings im Land, wenn auch wohl kaum einen vollwertigen Gespanen», schreibt Maria Waser in ihrem stark idealisierenden Roman «Land unter Sternen». Doch damals, «als sie das Verlotterte in ein sauberes Arbeiterheim verwandelte, wo der schlichte Mann Ruhe und Erquickung fand, ohne die Verlockung berauschender Getränke und wo die junge Arbeiterin sich zur tüchtigen Hausmutter ausbilden konnte, als ein Volksbad hinzugefügt wurde und ein Haus für verwahrloste Kinder, als sie das Ganze erweiterte zu einer Haushaltungsschule und schliesslich in neuen Gebäuden Räume einrichtete, die der Hebung des geistigen Lebens und der Jugend dienen sollten: Bücherei, Lesezimmer, Vortrags-, Musik- und Spielsäle, da war dies alles bei uns noch ohne Beispiel, einzig geboren aus ihrem Wunsche, die körperliche und geistige Gesundheit ihrer Dörfler zu heben». Ganz in dieser Tradition stand auch Marie Sollberger, die 1893 eine Anstalt für alkoholkranke Frauen, das «Wysshölzli», eröffnete. Ein anderes Beispiel ist die Sekundarschule, die bis 1894 von einem Verein getragen wurde, als die meisten umliegenden Sekundarschulen bereits Gemeindeschulen geworden waren. Die Abschaffung des jährlich 60 Franken betragenden Schulgeldes erfolgte gar erst 1920. Das Spital schliesslich ging 1912 in den Besitz eines Gemeindeverbandes über; den 1905 bezogenen Neubau hatten noch Private finanziert. «Die Kommission möchte jedoch nicht die Gemeinden als solche ansprechen, wie es bei dem Bau der Spitäler in Langenthal, Burgdorf, Langnau der Fall war, sondern man möchte dem Krankenhaus Herzogenbuchsee den Charakter einer Korporation, welche auf Freiwilligkeit beruht, wahren, im Vertrauen auf die Gunst und das Wohlwollen der Bevölkerung, welche das Krankenhaus bis jetzt in so hohem Masse erfahren hat und welche auch ferner erwartet werden darf.»

Obschon der Grütliverein die Wohnungssituation in Herzogenbuchsee öffentlich an den Pranger stellte, reichte er nie einen konkreten Vorstoss ein: Die in einem Zeitungsartikel erhobene Forderung nach *kommunalem Wohnungsbau* blieb im Raum stehen. Noch erstaunlicher ist die Passivität in Sachen *Gemeinderatsproporz*. Dieser stand zuoberst auf dem Tätigkeitsprogramm der Arbeiterpartei, eine Motion reichte sie aber nie ein. Dabei hätte sie in der Volkspartei wohl einen Verbündeten gefunden, und 1910 hiessen die Buchser Stimmbürger den Nationalratsproporz mit 161 zu 159 Stimmen gut. Liess der Freisinn Ende des 19. Jahrhunderts den *freiwilligen Proporz* noch

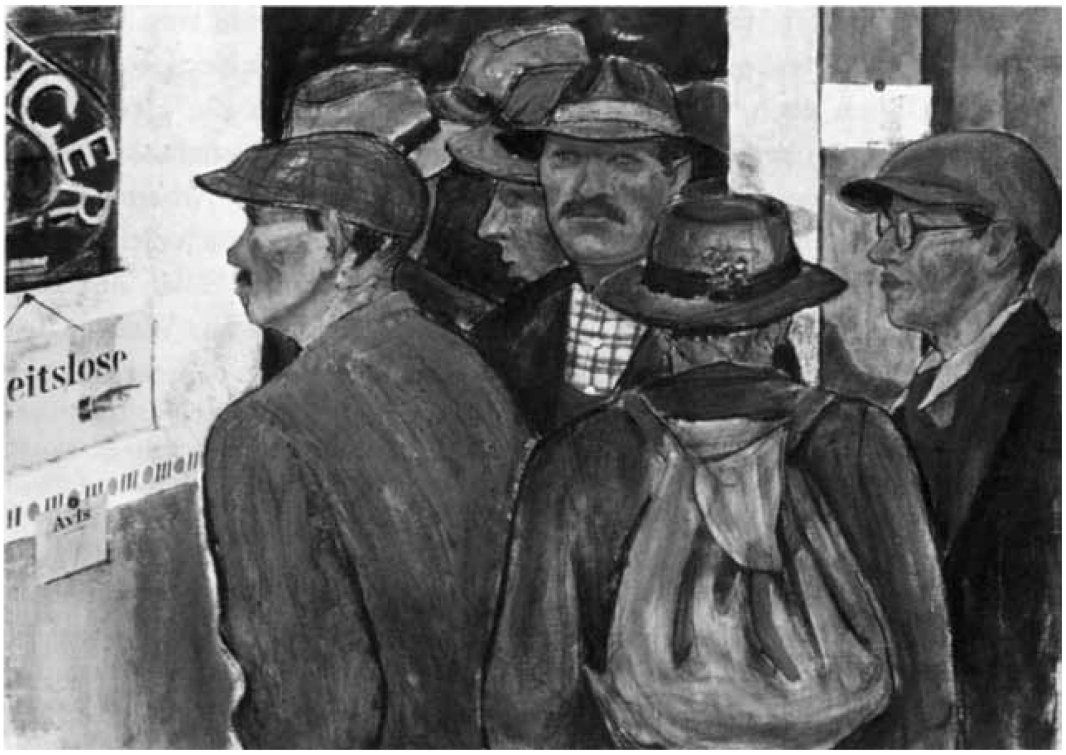
gegenüber dem Grütliverein spielen, so wandte er diese Methode nach 1900 gegenüber der Volkspartei an. Die Arbeiterschaft war damit während rund zehn Jahren in den Behörden nicht mehr vertreten. Ihre Kandidaten, die stets auf «wilden» Listen Unterschlupf fanden, blieben regelmässig auf der Strecke. 1909 wagte die neugegründete Arbeiterpartei einen Alleingang, der prompt zum Erfolg führte: Der Eisenbahner Amstutz konnte als erster *sozialdemokratischer Gemeinderat* von Herzogenbuchsee gefeiert werden. «Ob aber die Arbeiterschaft nun eingesehen hat, dass sie auch im konservativen Buchsi nicht so ganz machtlos ist?», fragte Tagwacht-Korrespondent Reinhard rhetorisch.[21] 1911 blieb der Kandidat der Arbeiterpartei wiederum auf der Strecke, und bei den folgenden zwei Wahlen gingen die Arbeiter erneut Koalitionen ein. 1913 ohne Erfolg mit der Volkspartei und den Handwerkern, 1915 mit dem Freisinn, wobei Schreinermeister Ernst Christen gewählt wurde.

Ein Blick noch auf die Parteistärke: Bei den Nationalratswahlen 1896, als die Grütlianer im Wahlkreis Oberaargau erstmals einen eigenen Kandidaten, den Langenthaler Fürsprecher Karl Witz, portierten, machten sie in Herzogenbuchsee 39 Stimmen, bei den Nationalratswahlen 1905 waren es 84 Stimmen. Diese Zahl konnte bis 1914 nicht mehr wesentlich gesteigert werden. Damals holte der Melchnauer Arzt Hermann Brand bei den Grossratswahlen in Herzogenbuchsee 92 Stimmen.

1.5. Die veröffentlichte Meinung

Das Bekenntnis des Grütlivereins zur Sozialdemokratie und der damit verbundene *Prestigeverlust* widerspiegelt sich auch in den beiden Lokalblättern. Um die Jahrhundertwende berichtete vor allem die Volkszeitung noch einigermassen regelmässig über dessen Aktivitäten. Dürrenmatt scheint den öffentlichen Anlässen mehrmals beigewohnt zu haben, und ein 1902 aufgeführtes Theaterstück stiess bei ihm «trotz seiner ausgesprochenen Tendenz» auf Anerkennung. Und noch 1904 erhielt der Grütliverein das Kompliment, den Kreisverband «mit Hingebung, Geschick und Erfolg» geführt zu haben.[22] Danach aber druckte die Volkszeitung nur noch vereinzelte Einsendungen ab.

Im Landboten stiess der Grütliverein in unregelmässigen Abständen auf ein Echo. Erkennbar ist die Absicht, die latenten Spannungen zwischen



Eugen Jordi: Die Arbeitslosen (1940). Aus Kartenserie SABZ Bern

Grütliverein und radikaler Sozialdemokratie auszunützen und womöglich zu verstärken. So ganz nach dem Motto: «Einst gab es einen Grütliverein; gute Patrioten: noch sind solche, in manchen, namentlich ländlichen Sektionen desselben vertreten, während sie in den grösseren Städten weggeekelt werden. [...] Wehe über die Grütlianer, welche, ihrem Namen und den Gründern ihres Vereins zum Hohn, sich als Feinde der Eidgenossenschaft erklären wollen!»[23] So schrieb das Blatt über eine Rede von Tagwacht-Redaktor Karl Moor: «Wir können nicht behaupten, dass diese ‹Festrede› einen günstigen Eindruck hinterlassen habe; sie war mehr lang als inhaltsreich.» Armeninspektor Scherz' Ausführungen liess man gerade noch gelten: «Wir enthalten uns jeder kritischen Bemerkung, obschon viele Behauptungen des Redners leicht zu widerlegen wären.» Lob hingegen gab es für die Ansprache des aargauischen Grossrats Suter: «Seine Rede sticht vorteilhaft ab von denjenigen sozialistischer Phrasenmacher neuerer Zeit.»[24]

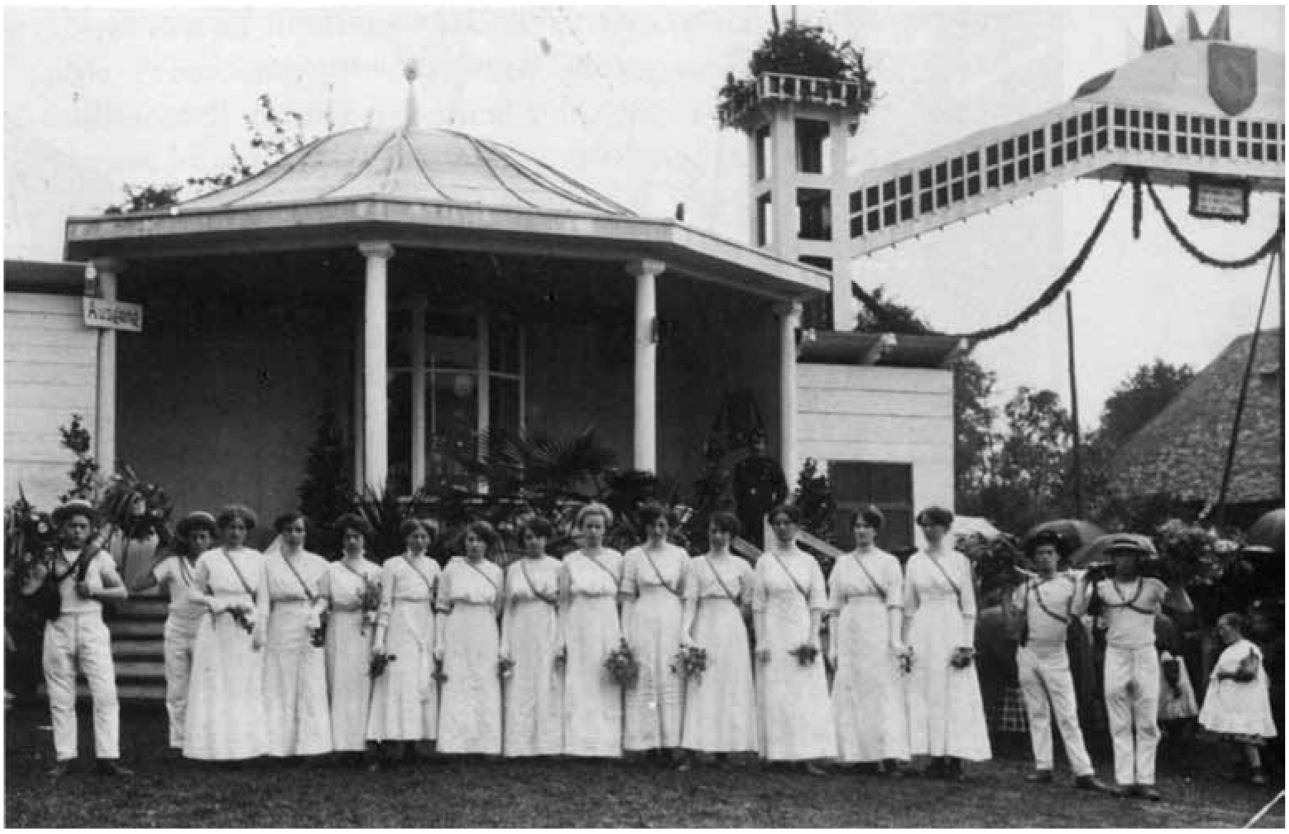
Über die Gründung des Arbeitervereins und dessen Zusammenschluss mit dem Grütliverein zur Arbeiterpartei verloren die beiden bürgerlichen Blätter kein Wort. Auch über ihre Aktivitäten berichteten sie nicht. Um-

gekehrt schritt der Landbote nur gerade im Fall von Ernst Reinhard zum frontalen Angriff. Man wollte die Arbeiter wohl nicht unnötig vor den Kopf stossen, bei Wahlen zählten auch ihre Stimmen. Zudem verfügten die Herren von Herzogenbuchsee über weit *subtilere Mittel*, um die Arbeiterschaft zu disziplinieren, wie die Beispiele Steigers und des Gründers des Arbeitervereins beweisen. Und wenn zurückgeschossen wurde, hatten sie es auch nicht nötig, sich öffentlich zu rechtfertigen. In den beiden erwähnten Fällen druckten Landbote wie Volkszeitung auch nicht die kürzeste Notiz ab. Was lokalen Gesprächsstoff abgab, musste nicht unbedingt zu einem Thema für die Lokalpresse werden.

1.6. Gefangen in der ländlichen Kleingesellschaft

Das proletarische Gefühl der schweizerischen Arbeiter wurde immer wieder gedämpft und durchkreuzt. Einmal durch das demokratische Bewusstsein, das «politisch-historisch ein ausgesprochenes Bürgerbewusstsein» ist, dann aber auch wegen der nur sehr teilweisen Loslösung der Industriearbeiter von der Scholle: «Die bäuerliche Art und Verbundenheit wirken zwei, drei und mehr Generationen irgendwie nach.» Oder anders formuliert: «Fabrik und Industrie wurden nicht oder nur halb Meister über die von ihr aufgebotene ländliche Arbeitskraft und Arbeitsgesinnung.»[25] Insbesondere in ländlichen Gebieten, wo viele Arbeiter ein Häuschen besassen und durch landwirtschaftliche Tätigkeiten ihre materielle Lage verbessern konnten, war die Herausbildung eines *proletarischen Bewusstseins* – wichtige Voraussetzung für die Entstehung eines Organisations- und Kampfbewusstseins – ein höchst langwieriger Prozess. Dazu trug wesentlich auch die Wohnsituation bei, denn anders als in den Industriezentren lebten sie nicht in abgesonderten Siedlungen und Quartieren und fanden sich deshalb nicht «isoliert von der bürgerlichen Gesellschaft und in stärkerem Masse gezwungen, sich miteinander, d.h. auch als Arbeiter miteinander zu beschäftigen».[26] Sie orientierten sich, solange ihre materielle und gesellschaftliche Lage dazu nicht endgültig in Widerspruch geraten war, vielmehr am *Lebensstil des Kleinbürgertums* und blieben fest eingebunden in die soziale Ordnung ländlicher Kleingesellschaft.

Ein Teil der Arbeiter mag diese Ordnung zwar angezweifelt haben, noch aber waren Grütli- und Arbeiterverein nicht in der Lage, eine *«Ersatzheimat»*



Ehrendamen am kantonalen Schützenfest von 1912

(Erich Gruner) zu bieten. Nicht zuletzt deshalb, weil von auswärts zugezogene Führerpersönlichkeiten, die darauf drängten, dass der Grütliverein «nicht mehr am Gängelband der Konservativen oder am Schlappschwanz der Freisinnigen» laufe und das «verhängnisvolle Kompromissein» aufgebe[27], in Herzogenbuchsee kein langes Auskommen fanden. Die Politik der Arbeiter-Organisationen bestimmten deshalb gemässigtere Männer, die das Eingebundensein in die dörfliche Gemeinschaft nicht als Fessel, sondern als erstrebenswertes Ziel empfanden. Sie waren sich einig, eine «noble und gerechte Kampfweise dem Gegner gegenüber» anzuwenden und verlangten vom Bürgertum, die Existenzberechtigung des Grütlivereins zu anerkennen, dann sei dieser gerne zu positiver Mitarbeit bereit.[28] Demonstriert wurde dieser Wille bei mehreren gemeinsam mit bürgerlichen Vereinen durchgeführten Veranstaltungen.

Das Ansehen im Dorf zählte oftmals mehr als die Solidarität mit den Klassengenossen. So reagierten die Grütlianer mit unverhohlenem Argwohn, als

Die Kirchgasse mit dem Verkaufslokal des Konsumvereins (das mittlere Haus links)

einmal der Arbeiterverein nicht an der Novemberfeier vertreten war. Ob etwa «das unerquickliche Verhältnis, das einige extreme Scharfmacher so einschneidend als möglich zu machen versuchen, auch bei uns im Oberaargau Platz greifen» solle, fragten sie.[29] An gleicher Stelle äusserten sie dafür ihre Freude über den positiven Artikel im Landboten. Mehr als Dorf-, denn Parteigenosse handelte Robert Baumann, Präsident der Arbeiterpartei, als er den eigenen Gemeinderat im Landboten angriff. Die Replik erschien dann in der Tagwacht.

«Er, als Präsident der sozialdemokratischen Partei, läuft dem Gegner und verlästert das der eigenen Partei angehörende Gemeinderatsmitglied, gibt dem Gegner Wasser in die Hände, um die Arbeiterschaft wirksamer zu bekämpfen und sie lächerlich machen zu können. Ein solcher Genosse gehört nicht auf den Posten des Parteipräsidenten, er gehört aus der Partei verwiesen. Angesicht solcher Verhältnisse in Herzogenbuchsee ist es begreiflich, dass die Arbeiterschaft zur Ohnmacht verurteilt ist und nur geringen Einfluss hat.»[30]

Der Prototyp des im Dorf integrierten Arbeiterführers war Spenglermeister Samuel Steiner. Typisch seine Äusserungen an einer Konferenz, an der das

Organisationskomitee des Kantonalen Schützenfestes von 1912 konstituiert wurde: Man solle «den alten Buchsigeist begraben und den neuen aufleben lassen».[31] Er verkörperte den – während Jahren stärkeren – Gegenpol zu einem Jakob Steiger oder Ernst Reinhard: seit Jahren in Herzogenbuchsee ansässig, Geschäftsinhaber, Ämterträger. So stand er gleichzeitig dem Kreisverband oberaargauischer Grütli- und Arbeitervereine und dem oberaargauischen Bienenzüchter-Verein vor. Er war Brandmeister, Schulkommissionsmitglied und ab 1911 Präsident des Handwerker- und Gewerbevereins.

Als der Konsumverein ein neues Kaufhaus zu bauen beabsichtigte, wurde die Bitte laut, «dass das neue Haus, das Wahrzeichen dessen, was die vereinte Kraft der Kleinen vermag, kein Prunkbau werde, der sich nicht in die heimelige Kirchgasse hineinfügen will. Möge es ein richtiges Bernerhaus werden».[32] Auch aus diesen Worten ist das Bedürfnis herauszuhören, auf Anerkennung zu stossen. Wurde sie einem verweigert, so als Schulinspektor Wyss am Kantonalen Schützenfest in einer Rede die Sozialdemokratie angriff, machte sich Empörung breit. Grundsätzlich protestierten die Arbeiter nie gegen das Fest.

Zur sozialen und kulturellen *Integration und Disziplinierung* der Arbeiterschaft trugen sicherlich die Vereine bei. Der Musikgesellschaft und namentlich dem Turnverein gehörten etliche Arbeiter an. Johann Grütter zum Beispiel war jahrelang Oberturner; gleichzeitig amtete er als Sekretär der Arbeiterpartei. An ihrem Hochzeitstag stellten sich Grütter und seine Frau bezeichnenderweise in einer Berner Tracht in Pose.

Wenn die Arbeiter eigene Vereine gründeten, stand ebenfalls das Bedürfnis im Vordergrund, «sich mit der ganzen Gesellschaft zu vereinen und ihre Anerkennung zu erlangen»; es wurde «in Konkurrenz zu bürgerlichen Vereinen bürgerliche Kultur» reproduziert.[33] Das gilt nicht nur für die Grütli-Schützen und den Grütli-Männerchor, sondern auch für dessen Nachfolger, den 1906 gegründeten Arbeiter-Männerchor «Frohsinn», der von einem jungfreisinnigen Lehrer geleitet wurde, und für den im selben Jahr erstmals aufgetretenen Gemischten Chor der Seidenbandweberei. Der «Frohsinn» hielt «patriotische Liedervorträge», und der Fabrikchor brachte «dem verehrten Fabrikherrn überraschenderweise ein schönes Ständchen» dar, als dieser seinen 70. Geburtstag feierte.[34] Die Arbeitervereine hatten noch keine eigenen Kulturformen entwickelt, weshalb es auch nicht verwundert, dass die Kantonalpartei 1910 den Antrag der Grütlianer ablehnte, die Arbeiter-Sport- und -Kulturvereine seien «von der Partei zu fördernde, der Partei

nützliche Institutionen». Es ist immerhin die Möglichkeit ins Auge zu fassen, dass diesen Vereinen die Funktion eines «Abkapselungsinstruments» bezüglich des Bürgertums zukam. Sie hätten in diesem Fall einen nicht zu unterschätzenden Beitrag an die Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls geleistet.

Vorläufig aber trachteten die Arbeiter eher danach, gleichberechtigte und anerkannte Dorfgenossen zu sein. Die gemässigte, auf positive Mitarbeit zielende Politik der Arbeiter-Organisationen brachte jedoch das, was sie bezweckte, höchstens für eine «Arbeiter-Elite» ein: Anerkennung eben. Vor allem an der Dorfpolitik konnte das Proletariat nicht partizipieren. Die Teilnahme an Gemeindeversammlungen oder der Gang zur Urne blieb einem Grossteil der Arbeiter lange Zeit verwehrt. In den Behörden waren sie praktisch nicht vertreten. Sie hatten die Erfahrung gemacht, dass allein schon die Mitgliedschaft im Grütliverein den Verlust der Arbeitsstelle und gesellschaftliche Ächtung bedeuten konnte. Und sie mussten zur Kenntnis nehmen, dass ihre Organisationen von der lokalen Presse weitgehend ignoriert wurden. Eingebundensein in die soziale Ordnung ländlicher Kleingesellschaft bedeutete also Unterordnung. Die integrierenden Momente liessen die Unzufriedenheit aber nie zu einem Punkt anwachsen, an dem sie in radikale politische oder gewerkschaftliche Aktionen hätten umschlagen können.

2. Zwei Schritte vorwärts

«Hinaus mit der bürgerlichen Schundpresse, die immer wieder behauptet, all das Elend, das herrscht, sei eben eine Fügung Gottes. Nein, es ist das Resultat unserer Gesellschaftsordnung, die auf dem System der Ausbeutung der grossen Masse durch eine profitgierige Minderheit beruht. Diese Zustände zu beseitigen ist unsere Aufgabe. Vorwärts und aufwärts.»[35]

2.1. Die Organisationen

In den beiden ersten Kriegsjahren musste die schweizerische Arbeiterbewegung massive Mitgliederverluste hinnehmen. Auch die Buchser Organisationen blieben davon nicht verschont: 1913 hatte der Grütliverein 40 Mitglieder gezählt, 1915 waren es noch 25, und der Arbeiterverein verlor von

Lange Zeit hielten die Buchser Sozialdemokraten ihre Sitzungen im «Lokal Schneider» ab (später Krone)

seinen 24 Mitgliedern ebenfalls deren 14. «Die hiesige Arbeitschaft stand in ihrer grossen Mehrheit dem Geschehen ratlos gegenüber, und die kleine Schar der Organisierten war in eine soz. Mitgliedschaft und den Grütliverein gespalten. Das war die Zeit der Schikanen in Sachen Wehrmannuntetstützung und beim Bezug der verbilligten Lebensmittel, die Zeit der Wohnungsnot und auch des Fabrikantenübermutes, die Zeit, da die Arbeiter noch unter freisinniger Leitung ihren ärgsten Klassengegnern zu Amt und Würden verhalfen!»[36]

Doch ab 1916 begann sich der angestaute Unmut schlagartig zu entladen. Erstes aktenkundiges Zeichen ist der Zusammenschluss der beiden Vereine zur *Sozialdemokratischen Partei* (SPH) am 27. Februar 1916. Ende Jahr zählte die Partei bereits 103 Mitglieder. Wiederum hatte ein von auswärts zugezogener Arbeiter, der zudem nicht direkt den Launen eines Fabrikanten ausgesetzt war, wesentlichen Anteil am Erstarken der Buchser Arbeiterbewe-

gung: Der in Niederönz wohnhafte Johann Steiner, «der schon in den Vorkriegsjahren ein unermüdlicher Kämpfer für den Sozialismus im solothurnischen Wasseramt gewesen war und den ein körperliches Leiden zwang, sich allzufrüh zu Heimarbeit und einem kleinen Landwirtschaftsbetrieb zurückzuziehen. [...] In seiner niedern Stube kamen die aufgeklärten Arbeiter zusammen und liessen sich erzählen von sozialen Kämpfen, von der sozialistischen Presse, lernten unsere ‹Tagwacht› und das ‹Volk› kennen und lieben. Die Arbeiterschaft von Buchsi und Umgebung schloss sich unter seiner Führung zu einer starken sozialdemokratischen Partei zusammen und fand Anschluss an die Gewerkschaften». Als er noch während des Krieges wegzog, «hinterliess er eine aufgeklärte Arbeiterschaft, die imstande war, sein Werk fortzuführen im Andenken und im Geiste unseres Johann Steiner».[37]

Von nun an ging es mit der Partei rasant aufwärts. Schon Ende 1917 gehörten ihr 197 Mitglieder an, gut die Hälfte davon stammte aus den umliegenden Ortschaften. Die SPH war damit so gross geworden, dass sie die auswärtigen Gruppen (Bettenhausen/Thörigen/Bollodingen, Grasswil/Riedtwil, Nieder-/Oberönz, Heimenhausen) in die Selbständigkeit entliess und gleichzeitig eine Union für die Kirchgemeinden Herzogenbuchsee und Seeberg gründen half. Im selben Jahr wie die Partei hatte sich auch eine sozialdemokratische *Jugendorganisation*, die Freie Jugend, gebildet, und anfangs 1918 kam es zum Versuch, eine Frauengruppe zu gründen. Er wurde Ende Jahr allerdings wieder abgeblasen.

Auch die *Gewerkschaften* fassten nun in Herzogenbuchsee Fuss. 1916 beschlossen die streikenden Arbeiter der Schuhfabrik Hug, eine Sektion des Schweizerischen Lederarbeiterverbandes ins Leben zu rufen. 115 Arbeiterinnen und Arbeiter traten ihr unverzüglich bei. Ein Jahr später gehörten der Gewerkschaft 200 von insgesamt 240 Schuhfabrikarbeitern an. Laut Verbandszeitung marschierten sie «stolz an der Spitze des Schweizerischen Lederarbeiterverbandes» und diente den «Fabrikschuhmachern im ganzen Schweizerlande herum als leuchtendes Vorbild zur Nachahmung».[38] Die Arbeiter der Holz- und Baubranche waren ebenfalls gewerkschaftlich organisiert. Im September 1919 ordnete der Zentralvorstand des Schweizerischen Textilarbeiter-Verbandes eine erste Versammlung der hauptsächlich aus Frauen bestehenden Belegschaft der Seidenbandweberei an. Das Unternehmen glückte; ab November hielten die Gewerkschaftsmitglieder jeden zweiten Samstag im Monat eine Sektionsversammlung ab. Wie breit die Arbeiterbewegung nun abgestützt war, zeigt die Zusammensetzung der

Maifeier-Kommission 1920: Neben Vertretern der Parteisektionen Bettenhausen, Grasswil und Heimenhausen gehörten ihr je zwei Arbeiter der Schuhfabriken Hug und Stuber sowie der Seidenbandweberei, ferner je ein Arbeiter der Maschinenfabrik, der Zementfabrik, der Strickerei sowie ein Eisenbahner an.

In diesen Jahren wurden schliesslich die ersten, in engem Kontakt zu Partei und Gewerkschaften stehenden *Arbeiterkulturvereine* gegründet: 1917 ein Arbeiter-Männerchor, 1920 ein Arbeiter-Radfahrerverein und 1923 ein Arbeiter-Turnverein.

Die Öffentlichkeit musste spätestens am 3. September 1916 vom Erwachen der Buchser Arbeiter Kenntnis nehmen, als der Weltjugendtag – oder: der «Rote Sonntag» – 500 Leute in den Gemeindesaal lockte. Zu eindrucksvollen Demonstrationen wurden auch die Maifeiern, die ab 1917 an Werktags-Nachmittagen stattfanden. An den Umzügen durchs Dorf sollen bis zu 400 Personen teilgenommen haben. Mobilisierte eine Veranstaltung einmal nur 200 Leute, wie das Referat von Fritz Platten über die Russische Revolution, so beklagten sich die Organisatoren schon. Man war sich an mehr gewohnt: An einer kurzfristig anberaumten Protestversammlung gegen die Zivildienstpflicht und gegen Truppenaufgebote etwa erschienen 300 Genossen. Zwei Tage später verkündete die Amtspartei in einer Resolution, sie setze «volles Vertrauen in die Führer der schweizerischen Arbeiterschaft» und sei «eventuell bereit, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen».[39] Zuvot hatte die SPH den Parteitagsbeschluss, die Militärkredite abzulehnen, freudig zur Kenntnis genommen. Ein ander Mal hörte sie sich ein Referat über das «Kommunistische Manifest» an, und als sie den Beitritt zur kommunistischen Internationale mit 20 zu 17 Stimmen guthiess, obschon einer ihrer führenden Männer, Lehrer Ernst Anliker, dem Komitee gegen den Beitritt angehörte, stimmte sie gar mit dem linken Parteiflügel: Die anderen oberaargauischen Sektionen lehnten den Beitritt ab, die Kantonalpartei verwarf ihn mit 3417 zu 1572 Stimmen, die SPS mit 14612 zu 8722 Stimmen. Erstes Fazit: In Herzogenbuchsee hatte sich innert kürzester Zeit eine *militante und radikale Arbeiterbewegung* formiert.

2.2. Die soziale Lage

Den Generalstreik von 1918 bezeichnet Gruner «als eine aus materiellem Elend und sozialer Erbitterung genährte Explosion».[40] Tatsächlich ver-

schlechterte sich die Lage der Arbeiterschaft im Weltkrieg von Jahr zu Jahr. Es herrschte eine gewaltige *Teuerung;* der Lebenskostenindex stieg von 1914 bis 1920 von 100 auf 229, bei Konsumgütern gar noch stärker. Die Löhne hielten mit dieser Entwicklung nicht Schritt; die Reallohneinbusse der Arbeiter betrug während der Kriegsjahre – die Angaben differieren – 10 bis 30 Prozent, erst 1919/20 wurde die rasante Teuerung ausgeglichen. Für die Soldaten bestand nicht einmal eine Lohnausfallentschädigung. Gegen Ende 1916 wurde auch die Versorgungslage immer prekärer. Rationierung und Notstandsaktionen setzten zu spät ein und waren ungenügend.

In Herzogenbuchsee scheinen die Lohnverhältnisse besonders ungünstig gewesen zu sein; entsprechende Klagen blieben nicht aus. Am schlechtesten bezahlt waren nach wie vor die Arbeiterinnen und Arbeiter der Seidenbandweberei: Im August 1916 verdienten sie 2.20 bzw. 3.20 Franken pro Tag. Das waren 40 Rappen oder 15 bzw. 23 Prozent mehr als 1909. Allein in den beiden ersten Kriegsjahren betrug die Teuerung jedoch gegen 50 Prozent. Im April 1918 standen die Tageslöhne bei 3 bzw. 4 Franken, die Teuerung war auch jetzt erst zu einem kleinen Teil ausgeglichen. Bis in den November 1919 stiegen sie dann immerhin auf 5.50 bzw. 6.50 Franken. Die Teuerung wurde also erst nach dem Krieg einigermassen ausgeglichen. Tiefe Löhne richtete auch die Schuhindustrie aus. 1916 versuchte die Firma Hug gar – erfolglos – eine 20prozentige Lohnreduktion durchzudrücken, die 23 Arbeiter betroffen hätte. 1919 sollen die Arbeiter im Durchschnitt weniger als 6 Franken, zum Teil sogar nur 4 Franken pro Tag verdient haben. Man würde insbesondere diese letzte Zahl für falsch halten, wüsste man nicht, dass ungefähr zur gleichen Zeit bei Stuber «für die vier Tage, da gearbeitet wird, noch Tagelöhne von Fr. 3.50 bis 4.–, worin die Teuerungszulage inbegriffen ist, ausgerichtet [werden]; es gibt Akkordarbeit, die noch schlechter bezahlt ist. Akkordarbeiterinnen haben Nadeln und Faden selber zu liefern, was bis ein Drittel ihres Verdienstes ausmachen kann.[41] Die in Herzogenbuchsee bezahlten Löhne lagen damit wesentlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Für Berufsarbeiter betrug der Stundenlohn im Juni 1914 durchschnittlich 72,4 Rappen (Hilfsarbeiter: 55,6 Rappen), im Juni 1917 101 Rappen (81 Rappen) und im Dezember 1918 141 Rappen (113,6 Rappen).

Umgekehrt heimsten zahlreiche Betriebe in den Kriegsjahren grosse *Gewinne* ein. So konnte die Seidenbandweberei ihre Dividendenzahlungen von 1915 bis 1920 sukzessive von 4 auf 10 Prozent steigern. Ebenfalls regelmässig mit Gewinn schloss die Maschinenbau AG ab, und die Baubedarf AG

Emil Zbinden: Nach der Arbeit (1973). Aus Kartenserie SABZ Bern

schüttete 1917/18/19 eine Dividende von je 10 Prozent aus. Schliesslich waren die Schuhfabriken in der Lage, gehörig zu expandieren.

Die erste Reaktion des Gemeinderates von Herzogenbuchsee auf die sich verschärfende Versorgungslage war bezeichnenderweise die Bildung einer Bürgerwehr, die den Feldfrevel verhindern sollte. Nach der Ernte löste er sie wieder auf und beschloss gleichzeitig, eine Obstdörrmaschine für die Armen anzuschaffen. Die *Notstandskommission* unterstützte diesen Winter aus dem Ergebnis einer Sammelaktion 20 Familien mit Naturalien. Eine zweite Sammlung im Herbst 1916 ermöglichte es ihr, Kartoffeln zum Selbstkostenpreis abzugeben. Zu Notstandsaktionen in einem grösseren Rahmen kam es erst ab 1917; die Anlaufsschwierigkeiten waren beträchtlich. «Es kann uns ja nur recht sein», hiess es dazu in der Tagwacht, «wenn schliesslich der dümmste Arbeiter merkt, dass nur die sozialdemokratische Partei für das Wohl der Arbeiterschaft besorgt ist».[42] Bis im Sommer 1917 mussten 23 Prozent der Bevölkerung mit Brot und verschiedenen Spezereien und 17

Prozent mit Milch zu reduzierten Preisen versorgt werden. Selbst die Notstandskommission, die 1918 auch noch eine *Suppenanstalt* einrichtete, war zum Schluss gekommen: «Man sollte sich vielleicht weniger über die hohe Zahl der Bezugsberechtigten verwundern, als über die hohe Zahl der kleinen Einkommen.»[43]

Es war nicht nur die materielle Not, welche die Arbeiter erbitterte. Auf das *gespannte soziale Klima* weisen auch zahlreiche andere Klagen hin. So musste in der Maschinenfabrik teilweise bis 10 Uhr abends gearbeitet werden. Um Lohnkosten zu sparen, soll sie mehr Lehrlinge als erwachsene Arbeiter beschäftigt haben, die Lehrlinge zu einem Tageslohn von 90 Rappen. In Arbeiterkreisen hiess sie deshalb «Lehrbubenfabrik AG». Umgekehrt ordneten andere Firmen zeitweise Kurzarbeit an, neben der Schuhfabrik Stuber etwa auch die Seidenbandweberei, wo ein knappes Jahr vorher noch Überzeit geleistet worden war, und Direktor Moser empfohlen hatte, «die Frauen sollen die Betten am Abend machen, um die Mittagspause zu verkürzen [...]; oder sie sollen die Wäsche am Sonntag vornehmen. Der Sonntag sei auch ein freier Tag»![44] Von den Schuhfabriken hiess es, sie würden laufend Arbeiter suchen, sie zu einem Hungerlohn ausbilden und teure Werkzeuge kaufen lassen, um die Leute nach ein, zwei Monaten wieder zu entlassen. Empörung löste ferner die – zufällige? – Anwesenheit einer Kompanie Landwehr-Soldaten am «Roten Sonntag», die Sperrung des Gemeindesaals für ein Referat von Roberr Grimm durch den Gemeinderat, oder die Äusserung eines Lebensmittel-Exporteurs aus, der gedroht haben soll, «er werde alle ‹Arbeiter-Orangen› hiesiger Gegend aufkaufen und exportieren, die Arbeiter können dann im Winter Erdäpfel ‹fressen›, wenn sie doch zu streiken vermöchten».[45]

23. Streiks und Arbeitskämpfe

Die Buchser Arbeiter reagierten auf ihr materielles und psychisches Elend nicht mehr mit Fatalismus; sie begannen sich zu wehren. Besonders spektakulär waren die *Streiks der Schuhfabrikarbeiter*. Als die Firma Hug 1916 für 23 Arbeiter eine 20prozentige Lohnreduktion erliess, traten die rund 70 Arbeiterinnen und Arbeiter spontan in den Ausstand.

«Wie drückend und unerträglich muss für die unorganisierte Arbeiterschaft der Firma Hug & Cie. die Situation gewesen sein, dass sie so einmütig

und solidarisch zusammenstand und sich den neuesten Streich der Firma nicht mehr gefallen lassen wollte! Die Verhältnisse in dieser Fabrik waren auch in der Tat nach den uns gemachten Mitteilungen geradezu vorsintflutliche».[46] Eine fünfköpfige Kommission nahm mit Patron Hug Verhandlungen auf und setzte sich in allen Punkten durch. Nach drei Tagen war der Konflikt beigelegt; die Löhne blieben auf der alten Höhe, Streikabzüge gab es keine – die zwei wichtigsten Punkte der Vereinbarung.

Erneut zum Streik kam es im Anschluss an die Maifeier 1917, die trotz eines von den drei Schuhfabriken und von den beiden «gewerkschaftsfreien» Firmen Strickerei Luder und Maschinenbau AG abgelehnten Gesuchs erstmals an einem Nachmittag abgehalten wurde. «In Anbetracht der gegenwärtigen, misslichen allgemeinen Notlage finden wir, dass es nicht zeitgemäss sei, unnütze Feiertage zu veranstalten, wodurch der Arbeiterschaft unter Umständen grosse Auslagen verursacht werden und zudem für sie so nötigen Löhne ausfallen», hatten die Unternehmer geschrieben. Doch die Arbeiter wollten sich nicht länger als «Unmündige, die der ‹väterlichen› Ermahnung und Weisung auf den rechten Weg bedürfen», behandeln lassen. Die drei Schuhfabriken antworteten mit einer zweitägigen Aussperrung. Ohne ihren nicht zugelassenen Zentralpräsidenten führte die Gewerkschaft mit den Fabrikanten wiederum Verhandlungen, doch sie scheiterten. Am dritten Tag sollte dann, so eine an alle Arbeiter verschickte Weisung der drei Unternehmer, die Arbeit wieder aufgenommen werden. Laut Gewerkschaft folgten diesem Aufruf aber nur 30 von 240 Ausgesperrten. Es kam deshalb zu erneuten Verhandlungen, allerdings nicht mehr direkten:

«In der Gemeinderatskanzlei konferierten der Statthalter Tschumi, der Gemeinderatspräsident Wyss und der Polizeipräsident Gemeinderat und Malermeister Hofer mit den Fabrikanten. Die Amtspersonen berichteten dann den Arbeitervertretern über die Resultate dieser Konferenz. Die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen, Bundesräte, Regierungs- und Stadträte, Fabrikdirektoren und andere Fabrikanten in der ganzen Welt verhandeln sozusagen jeden Tag mit Arbeitervertretern über Fragen des Arbeitsverhältnisses; die drei Schuhfabrikanten in Herzogenbuchsee aber lehnten dies ab und verhandelten nur durch das Medium dreier Amtspersonen mit den durch zwei Türen von ihnen getrennten Arbeitervertretern!»[47]

Mit diesem grotesk anmutenden Verhalten signalisierten die Schuhfabrikanten, dass sie die Gewerkschaft nicht als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannten. Immerhin brachte die Gewerkschaft nun zwei ihrer Forderungen – Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter, Ausrichtung einer zehnprozentigen Teuerungszulage – durch. Insgesamt dauerte die Arbeitsniederlegung

vier Tage. 183 Gewerkschaftsmitglieder erhielten eine Streikunterstützung von insgesamt 1000 Franken ausbezahlt.

Dieser Kampf, der aufgrund eines Versammlungsbeschlusses mit roter Tinte im Protokollbuch der Partei festgehalten wurde, war für die Buchser Arbeiter ein grosser Erfolg, um so mehr als er trotz unglaublicher Einschüchterungsversuche zustande gekommen war: «Da wurde mit Internierten gedroht. [...] Einem gebürtigen Franzosen, der jedoch ein besserer Buchser ist als mancher grosse Herr, wurde mit Ausweisung gedroht. In den Spezereihandlungen wurden die Frauen der Arbeiter bearbeitet. Hoffentlich ziehen diese daraus die richtige Lehre und kaufen zukünftig nur noch im Konsum ein. Der grossen Zahl der jugendlichen Arbeiter wurde von Eltern, Gotten und Tanten zugesetzt, um sie zu Verrätern an ihren Nächsten zu machen. Mit wenig Erfolg! Fromme Seelen versuchten, den Sinn der Arbeiterinnen von irdischen Dingen abzulenken.»[48]

Auch die Geschehnisse des *Landesstreiks* hielt Parteisekretär Johann Grütter mit roter Tinte im Protokollbuch der SPH fest. Der vom Oltner Aktionskomitee für die ganze Schweiz ausgerufene Generalstreik begann am 12. November 1918:

«Als am Dienstag Morgen, wie gewohnt, sich die Arbeiter, die in Solothurn in Arbeit stehen, auf dem Bahnhof einfanden, war wohl der Zug bereit, aber kein Personal. Die Eisenbahner hatten sich dem Streik angeschlossen. Von hier weg begab sich ein grosser Teil nach den hiesigen Fabriken, um auch die dortige Arbeiterschaft zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Die Arbeit wurde der Reihe nach eingestellt in der Firma Luder, Maschinenbau AG, Peter Kramer und Schuhfabrik Rapp & Cie. Die Inhaber der beiden anderen Schuhfabriken weigerten sich vorläufig noch, die Buden zu schliessen. Doch das Unglück schreitet schnell. Plötzlich versagte die elektrische Kraft und nun wurde der Streik ein vollständiger. Die Unterbrechung des elektr. Stromes war eine Glanzleistung einiger Genossen aus Langenthal, die dem Direktor des Elektrizitäts-Werkes Wynau auf die Bude stiegen, bis er versprach, das Werk jeweilen von morgens 8 Uhr bis abends 5 Uhr abzustellen. Gebührend erwähnt seien auch die Genossen der drei Schuhfabriken, die ohne Aufforderung sich gar nicht zur Arbeit begaben oder dieselbe nach kurzer Zeit vereinzelt wieder verliessen.»[49]

So euphorisch dieser Bericht auch tönt, weist er zwischen den Zeilen doch auf Probleme hin: Wie hätten die im Kanton Solothurn beschäftigten Arbeiter, vor allem Metallarbeiter vermutlich, gehandelt, wenn die Züge gefahren wären? Hätten die Arbeiter bei Luder, Kramer und der Maschinenfabrik die Arbeit niedergelegt, wären sie nicht von anderen Streikenden dazu aufgefordert worden? Wie hätte sich der Streik entwickelt, wenn das Elektrizitätswerk nicht abgestellt worden wäre? Andere Schwierigkeiten verschweigt der

Holzschnitt von Walter Crane (1888). Aus Kartenserie SABZ Bern

Bericht gar: Wie der bürgerliche Grossrat Gafner bei anderer Gelegenheit betonte, streikte in der Seidenbandweberei nur ein einziger Arbeiter, und als der Strom ausfiel, wurde der Betrieb mit Dampfmotoren weitergeführt. Eine abwartende Haltung nahmen auch die Eisenbahnarbeiter ein. Sie legten die Arbeit erst am Nachmittag des zweiten Streiktags nieder; drei Kollegen sowie die Beamten beteiligten sich nicht. Nachdem sie am Donnerstag vormittag den Streik wieder abgebrochen hatten, traten am Nachmittag 4 von 20 Arbeitern erneut in den Ausstand. Laut Bahnhofvorstand waren sie von ihrem Gewerkschaftspräsidenten, Lehrer Albert Arni aus Langenthal, dazu aufgefordert worden. Arni wurde deswegen angeklagt, das Divisionsgericht 3 sprach ihn jedoch frei. In seinen Erwägungen hatte es festgestellt, «dass in Herzogenbuchsee unter den Eisenbahnern nicht Einigkeit herrschte seit längerer Zeit, dass sie deswegen von Herzogenbuchsee mehrmals telephonisch

und sogar schriftlich an Langenthal gelangten, es möchte jemand vom Vorstand kommen, um sie aufzuklären».[50] Schliesslich war der Streik in der Druckerei des Landboten ebenfalls nur «ein partieller». Während die Volkszeitungs-Ausgabe vom Donnerstag ausfiel, konnte die Mittwoch-Nummer des Landboten in vollem Umfang erscheinen.

Dass die Streikparole zum Teil nur zögernd befolgt wurde, hatte im wesentlichen zwei Gründe: Ausser der Belegschaft der Schuhfabriken waren die anderen Fabrikarbeiter gewerkschaftlich nur lückenhaft organisiert. Zudem existierte in Herzogenbuchsee kein Streikkomitee wie etwa in Langenthal, wo ein solches im August, im Anschluss an den Basler Arbeiterkongress, gebildet wurde. Die Buchser Arbeiterschaft war deshalb völlig unvorbereitet: «Der Beschluss des Generalstreiks wurde hier am Montag Nachmittag bekannt. Zeit zum Einberufen einer Versammlung der Arbeiterschaft war keine mehr. Eine kleine Zusammenkunft fand im Restaurant Knuchel statt. An derselben wurde aus Mitgliedern der Lederarbeiter-Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei eine siebengliedrige Streikkommission bestimmt. Ein Mitglied wurde den gleichen Abend noch nach Langenthal gesandt, um mit den dortigen Genossen in Fühlung zu treten.»

Am letzten Streiktag, in der Zwischenzeit war in Herzogenbuchsee eine Kompanie Landsturm-Soldaten eingerückt, nahm das EW Wynau seinen Betrieb wieder auf. Trotz Streikposten wurde deshalb am Nachmittag in einigen Betrieben gearbeitet. Schon am Morgen sollen Gerüchte über den kurz bevorstehenden Streikabbruch kursiert haben. «Keiner der Streikenden glaubte daran, bis am Abend per Auto Genosse Nationalrat Schmid hier vorbei kam und uns im Bädli besuchte. Er überbrachte uns die erste sichere Nachricht, dass der Streik heute nacht um 12 Uhr abzubrechen sei. Eine dumpfe Wut bemächtigte sich der meisten, denn um das Ziel zu erreichen [,]hätten sie gerne noch mehr Opfer gebracht. Doch die schweizerische Arbeiterschaft ist nicht besiegt, sie hat nur den Rückzug angetreten [,] um den unheilvollen Bürgerkrieg zu vermeiden. [...] Viele Erfahrungen sind gemacht worden, die wir ein zweitesmal nutzbringend anwenden werden.»[51]

Den längsten Streik führten wiederum die Arbeiterinnen und Arbeiter der Schuhfabrik Hug durch. Sie mussten 1919 Kurzarbeit in Kauf nehmen und erhielten keinen Teuerungsausgleich ausbezahlt. Weil aber die Arbeiter im Gegensatz zu 1917 bereits wieder «nur zum kleinsten Teil» organisiert waren, trachtete die Gewerkschaft zunächst danach, «die Waffen zu stählen,

um zu gegebener Zeit all die erlittene Unbill, all das schrankenlose Unrecht, all die schnöde Behandlungsweise vergelten zu können». Doch dann ging es plötzlich schnell: Nachdem die rund 100köpfige Belegschaft erfahren hatte, dass wegen der teilweisen Produktionsumstellung von Holz- auf Lederschuhe das Akkordsystem verbunden mit einer rund 30prozentigen Lohnsenkung eingeführt werden sollte, verliess die gesamte Belegschaft am 6. Juni «wie ein Mann die Arbeit». «Die Situation war also ins Unerträgliche gesteigert und musste deshalb die Entladung des schon lange angehäuften Explosivstoffes erfolgen», war in der Gewerkschaftszeitung zu lesen.[52] Erst am 28. Juli, nach mehr als sieben Wochen Dauer, ging der Streik zu Ende.

Weil sich die Gebrüder Hug wiederum geweigert hatten, direkt mit den Arbeitern und ihrem Gewerkschaftssekretär zu verhandeln, kam eine Vereinbarung erst vor dem *Einigungsamt* zu Stande. Die Arbeiterschaft setzte zwar nicht alle ihre Forderungen durch, doch erreichte sie immerhin eine 25prozentige Lohnerhöhung sowie die vorläufige Beibehaltung des alten Lohnsystems. Diese Übereinkunft war bereits drei Wochen vor Streikabbruch erzielt worden; doch stimmte ihr die Firma erst zu, nachdem sie sich mit den beiden anderen Schuhfabriken abgesprochen hatte. Während des Streiks hielten die Arbeiter zwei Demonstrationsversammlungen ab, die eine mit 500, die andere mit 1000 Personen. Dieser Weg wurde eingeschlagen, weil die Stellungnahmen der Streikenden im Gegensatz zu denen der Firma Hug im Amtsanzeiger nicht abgedruckt wurden. Bilanz der Gewerkschaft nach geschlagener Schlacht: «Dieser Streik war für unsere noch dunkle Gegend ein grosses Ereignis. Aber er ist jedenfalls für die noch jugendlichen Herren eine Lehre gewesen wie auch für uns; wir haben eine gründliche Rekrutenschule in Sachen Gewerkschaft durchgemacht.»[53]

2.4. Kommunalpolitik

Während des Krieges begann die SPH, sich intensiv und zum Teil erfolgreich mit gemeindepolitischen Angelegenheiten zu befassen. Zwei Voraussetzungen begünstigten dieses Engagement: Erstens hiess die Gemeindeversammlung im März 1917 auf Antrag der Sozialdemokraten die Einführung des Proporzverfahrens für die Gemeindebehörden gut. Die SPH hatte damit ihren ersten bedeutenden Erfolg errungen; mehrere Genossen sassen ab 1918 in Gemeinderat und Kommissionen. Zweitens unterstützte die Gesamtpartei

die kommunalpolitischen Aktivitäten. So organisierte der Kreisverband zwischen dem 16. und 22. April 1917 in Langenthal einen fünfteiligen Kurs über sozialdemokratische Gemeindepolitik, den gleich neun Parteimitglieder besuchten.

Die SPH reichte nun an Gemeindeversammlungen verschiedene Vorstösse ein. Auf verlorenem Posten stand sie mit ihren sozialpolitischen Forderungen: Die Motion für eine unentgeltliche Geburtshilfe und Beerdigung wurde ebenso abgelehnt wie die Motion, eine öffentliche Badeeinrichtung für Sommer und Winter einzurichten. Einen Misserfolg musste die SPH aber vor allem in der *Wohnungsbaufrage* verbuchen. Dieses Thema griff zuerst der nach dem Landesstreik von den Bürgerlichen gegründete Gemeindeverein auf, der den genossenschaftlichen Wohnungsbau favorisierte. Die Partei bevorzugte hingegen eine öffentliche Trägerschaft, weil eine Genossenschaft von den Fabrikherren kontrolliert würde. Sie kam damit aber immer einen Schritt zu spät: An einer Gemeindeversammlung interpellierte sie in dieser Frage erst, als der Gemeindeverein bereits eine öffentliche Versammlung abgehalten hatte. Und als die Partei beschloss, mit einer Motion konkret den Bau von Arbeiterwohnungen durch die Gemeinde zu fordern, hatte die aus fünf Fabrikanten und vier Gemeinderäten, davon zwei sozialdemokratischen, bestehende Wohnungsfürsorgekommission bereits erste Schritte für die Gründung einer Wohnbaugenossenschaft in die Wege geleitet und zu einer Orientierungsversammlung eingeladen. Die SPH-Motion wurde mit 151 zu 99 Stimmen abgelehnt. Ein erstes Projekt der Genossenschaft stiess in der Partei auf erbitterten Widerstand; der Mietpreis betrage pro Wohnung jährlich 1100 bis 1500 Franken, das sei für Arbeiter unerschwinglich, kritisierte sie und erreichte damit, dass das Projekt überarbeitet wurde. Beim zweiten Anlauf blieb ihr deshalb nichts anderes übrig, als einen Kurswechsel vorzunehmen und die Arbeiter aufzufordern, an der Gründungsversammlung der Wohnbaugenossenschaft teilzunehmen.

Viel Zeit und Energie wandte die Partei für die Besprechung der Gemeindeversammlungsvorlagen auf; regelmässig gab sie Parolen aus. Bemerkenswert ist etwa, dass sie im Unterschied zu 1912 eine Erhöhung der Lehrerbesoldung guthiess und sich damit «ein schönes Zeugnis ihrer politischen Reife» ausstellte. Ein Jahr später gelang es ihr, das vom Gemeinderat vorgelegte Besoldungsregulativ für die Gemeindeangestellten zu verbessern. Eine andere Stossrichtung verfolgte die SPH bei der Beratung eines neuen Gemeindereglements: Ausbau der direkten Demokratie und damit grössere

Clément Moreau: Diskussion (1934). Aus Kartenserie SABZ Bern

Chancen, eigene Leute in die Behörden zu delegieren, hiess die Losung. Sie beantragte erfolgreich die Wahl verschiedener Kommissionen und Gemeindeangestellter durch die Gemeindeversammlung und verhinderte die Abänderung des Proporzreglements. Im selben Jahr bodigte die Partei den Kredit für das Kadettenwesen. Dank freiwilliger Beiträge konnten dennoch drei Kadettenklassen mit Gewehren ausgerüstet werden, was in der Partei grossen Unwillen erregte: «Wer heute aber seinem Buben eine Mordwaffe gibt und ihn stolz darauf werden lässt, der gehört selber in einen Schützengraben gestellt zu werden.»[54]

Selbstverständlich ging die SPH auch bei *Wahlen* kompromisslos vor. Seit 1916, als sie sich an einer Gemeinderatsersatzwahl beteiligte und knapp unterlag, trat sie jedes Mal mit kompletten Listen an, für die sie in der Tagwacht heftig die Propagandatrommel rührte. Ab 1918 sassen vier Genossen im elf-

köpfigen Gemeinderat, ähnlich starke Vertretungen sicherte sich die Partei in den Kommissionen.

Zwischen 1914 und 1919 konnten die Sozialdemokraten ihre Parteistärke in Herzogenbuchsee mehr als verdoppeln: Bei den Grossratswahlen 1914 betrug sie 92, bei den Nationalratswahlen 1919 211 Stimmen. Sie war damit zur wählerstärksten Partei geworden und lag 30 Stimmen vor der FDP bzw. 60 Stimmen vor der BGB. Dass der Stimmenzuwachs nicht allein auf die wachsende Stimmbeteiligung zurückzuführen ist, beweisen die Stimmenanteile: Bei den Grossratswahlen 1914 vereinigten die Sozialdemokraten 31 Prozent der Stimmen auf sich, bei den Grossratswahlen 1918 waren es 41 Prozent.

Diesen Stimmenzuwachs verdankten die Sozialdemokraten nicht zuletzt einer straffen Organisation. Ab 1917 führte die SPH regelmässig eine *Stimmkontrolle* durch. Die entsprechenden Listen, auf denen die Arbeiter nach Quartieren geordnet aufgeführt sind – über 60% von ihnen wohnten im alten (bäuerlichen) Dorfkern (Oberdorf) oder in den locker besiedelten, für Kleinlandwirtschaft geeigneten Quartieren Holz und Löhli – befinden sich am Schluss des ersten Protokollbandes. Sie zeigen, dass sich die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machenden Arbeiter der Kontrolle unterzogen. So bezeugten bei den Grossratswahlen 1920 175 Sympathisanten, den SP-Kandidaten gewählt zu haben; 200 Stimmen gaben ihm die Buchser Wähler insgesamt.

2.5. Die veröffentlichte Meinung

Das Erwachen der Buchser Arbeiterbewegung war für die Lokalpresse lange Zeit kein Thema. Über die Parteigründung im Februar 1916 verloren Landbote und Volkszeitung kein Wort. Den Streik der Hug-Arbeiter von 1916, immerhin der erste Streik in Herzogenbuchsee, schwiegen sie ebenso tot wie die Sperrung des Gemeindesaales für ein Referat von Robert Grimm im Januar 1917.

Die Volkszeitung brach ihr Schweigen erstmals nach dem «Roten Sonntag». In süffisantem Ton berichtete sie, die Landwehrmannen seien wohl aufgeboten worden, um einer seit Wochen ihr Unwesen treibenden Wildsau den Garaus zu machen. Jedenfalls habe man den gefürchteten «Roten Sonntag» im «tiefsten Frieden und völliger Eintracht» verlebt.

«Man ‹revolutionierte› im Gemeindesaal über die Kriegshetzer und Wucherer, die Landwehrleute beguckten sich die Welt und wechselten etwa hinten herum einen freundschaftlichen Händedruck mit dem ‹Sämu› und ‹Köbu›, der neugierdehalber auch gekommen war, um die rote Tagung zu hören, und oben bei der ‹Frohburg› gab's einen rechten Schwinget.»[55]

Erst als die SPH bei Ersatzwahlen Ende 1916 ein respektables Ergebnis erzielte, verschaffte sie sich Respekt. Der Landbote wies auf ihre intensive Propaganda und die erstmals durchgeführte Stimmkontrolle hin und folgerte: «Mit dieser werden die Freisinnigen in Zukunft zu rechnen haben.»

Die Maifeier 1917 stiess erneut auf Echo in der Lokalpresse. Während die Volkszeitung einen knappen Bericht abdruckte, kritisierte der Landbote, in Burgdorf, Langenthal und Zofingen sei am Abend gefeiert worden, nur in Herzogenbuchsee habe die «schärfere Richtung die Oberhand» gewonnen und einen freien Nachmittag proklamiert. Am schärfsten reagierte die Lokalpresse auf den *Landesstreik*. So kommentierte der Landbote: «Die Erbitterung unter der arbeitswilligen Arbeiterschaft und in der bürgerlichen Bevölkerung über den mutwillig vom Zaune gerissenen Streik aber ist geblieben. Die bolschewistischen Streikhetzer, Lehrer Anliker und Gemeinderäte Grütter und Schenk, sollten zur Verantwortung gezogen werden. Letztere zwei werden als unwürdig erklärt, weiterhin der neutralen Gemeindebehörde anzugehören. Weg mit ihnen! ruft die Volksstimme.»[56]

In der Regel aber setzten sich die beiden Blätter in ihren lokalen Spalten mit der Arbeiterbewegung und vor allem mit der Arbeiterpresse nicht auseinander. In der Tagwacht erschienen laufend Artikel, teilweise auch direkt gegen die eine oder andere Zeitung gerichtete, die Stoff für eine Replik abgegeben hätten. Landbote und Volkszeitung konterten aber nur in den seltensten Fällen.

2.6. Auf dem Weg in eine Ersatzheimat

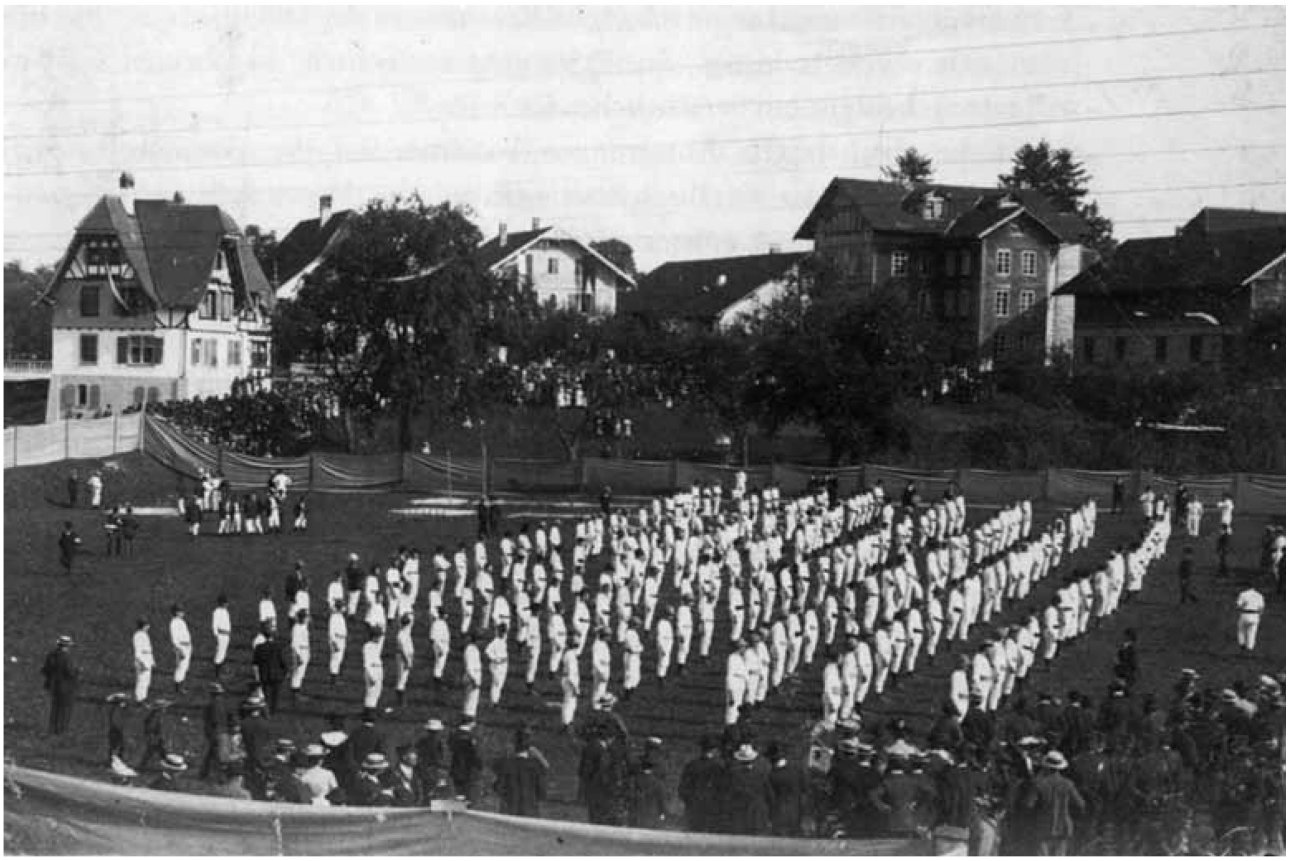
Nach Erich Gruner versuchte die Arbeiterbewegung, als sie einmal von politischem Kampfbewusstsein durchdrungen war, eine eigene (Sub-)Kultur zu schaffen und dabei ihre potentiellen Anhänger «geistig, psychisch, physisch, sozial von der Umwelt (zu) trennen». Mit Hilfe von Partei und Gewerkschaften gelang es den Arbeitern, ein Standesgefühl zu entwickeln. Ihr Status verlieh ihnen Sozialprestige, alte Minderwertigkeitsgefühle legten sie ab. Ausdruck dieses *Selbstbewusstseins* und gleichzeitig Mittel der *sozialen*

Distanzierung von der Bourgeoisie waren Symbole wie Fahnen, Lieder und Feiertage, und auf dem Hintergrund dieser Symbolik entstand «das säkularisierte Auserwählungsbewusstsein des Proletariates, eine Siegesgewissheit, ein Überlegenheitsgefühl, das im Glauben an die wissenschaftliche Überlegenheit des Marxismus wurzelt».[57] Solange sich diese aber praktisch-politisch noch nicht ausgewirkt hatte, übernahmen die Arbeiter-Organisationen die Funktion eines Übergangslandes zur sozialistischen Gesellschaft, einer *«Ersatzheimat»*.

Ab 1916 lassen sich für diesen Befund zahlreiche Belege finden. Um die Arbeiter aufzurütteln, schürte die Arbeiterpresse unablässig den *Hass auf die Bourgeoisie*, insbesondere die Fabrikanten. In der Tagwacht und der Gewerkschaftspresse erschienen unzählige Klagen über schlechte Löhne, über Kurzarbeit und Überstunden, über unverhältnismässige Bussen, über ungerechte Behandlung der Arbeiter durch Vorgesetzte. Besonders scharf unter die Lupe genommen wurde der Lebenswandel der Fabrikanten. Aber auch die Pfarrherren und das von ihnen verkörperte Christentum wurden mehrmals angegriffen:

«Euer Christentum! Wenn ihr euch nur damit brüsten könnt! Religionsgefahr! Dieses eine Wort erspart euch wieder das Denken. Denkt doch lieber darüber nach, wie sogar in unserem Buchsi, wo zwei Pfarrherren den leeren Bänken und einige Prediger vor vollen Sälen predigen, wieso auch hier eine Jugendorganisation entstehen konnte oder besser – musste. Vielleicht merkt ihr dann sogar, wo die wahren christenfeindlichen Tendenzen, bewusst oder unbewusst, zu finden sind. Euer Christentum der Worte ist selber christentumfeindlich.»[58]

Landbote und Volkszeitung, als Protagonisten der beiden bürgerlichen Parteien, wurden ebenso attackiert – und zwar nicht nur ihre lokale, sondern auch nationale und internationale Berichterstattung. Insbesondere die deutschfreundlichen und antisozialistischen Kommentare des Landboten griff der Tagwacht-Korrespondent wiederholt auf. «Was glaubt wohl dieser F-Berichterstatter, in wessen Reihen sich die Landesverräter befinden»; protestierte er einmal, «in den Reihen der Sozialdemokraten oder in den Reihen der sogenannten Patrioten? Wer sind die wirklichen Landesverräter? Sind das nicht die Kriegshetzer, die Hamster, die Wucherer, die Schieber? Sind das nicht auch Landesverräter, diejenigen, die unsere Eidgenossenschaft nach bekanntem Muster beluchsen? Gehören diese Brüder etwa zu den Sozialdemokraten? Nein, sie gehören zu den Patrioten, die an Schützen-, Turn- und Sängerfesten den Frack und den Zylinder schwingen, von Heimatliebe und Vaterland predigen und dazu bei jedem Wort nur an ihren Beutel denken.



Turnfest in Buchsi

Unser Vaterland gehört eben nicht dem Volk, sondern es gehört einer Garde von dickbäuchigen Kapitalisten und Grossbauern; einer Garde, die mit so viel Geschick stets Kleinbauern, Handwerker und Arbeiter gegeneinander auszuspielen weiss. Und für diese sollen wir uns zu Krüppeln schiessen lassen?»[59]

Die Parteispitzen versuchten gleichzeitig, den Arbeitern ein *Überlegenheitsgefühl* zu vermitteln. Der Landbote zum Beispiel wurde mehrmals mit Hohn und Spott bedacht. Er strotze nur so von Druckfehlern und Stilblüten, hiess es in einer Glosse. Oder man empfahl ihm, sollte er einmal um einen Leitartikel verlegen sein, sich «vertrauensvoll an die Redaktion der Tagwacht» zu wenden. Und an die Adresse des anderen Lokalblattes gerichtet: «Darüber, ob die Arbeiter ihr äusserstes und wirksamstes Mittel anwenden oder nicht, entscheiden die Arbeiter selber und werden wahrscheinlich die Volkszeitung in dieser Angelegenheit nicht befragen.» Über den «Untätig-

keitsbericht» des Gemeindevereins und seine schwache Resonanz in der Öffentlichkeit machte man sich ebenfalls lustig. Seine Statuten entlockten im übrigen «einem Arbeiter höchstens ein verächtliches Lächeln».[60]

Solche abschätzigen Äusserungen basierten auf der Gewissheit, dem bürgerlichen Gegner moralisch überlegen zu sein. Hinzu kam die Überzeugung, «dass die immer grösser werdende Krisis der beste Agitator für unsere Sache ist», und dass sich die «Flammenzeichen der Weltrevolution» täglich mehrten. «Überall stürzt das alte, morsche und überlebte Staatsgebilde zusammen. Auf den Trümmern soll eine neue Welt entstehen. Helfen wir mit, beim Aufbau einer neuen Zukunft tatkräftig Hand anzulegen. Hoch der Klassenkampf! Hoch die Solidarität sämtlicher Lederarbeiter!»[61] Bleibt nur die Frage, wie echt dieser – nach dem verlorenen Landesstreik – geäusserte Optimismus war. Diese Parolen dienten wohl vor allem dazu, die Enttäuschung in der Arbeiterschaft nicht weiter anwachsen zu lassen. In ihnen kommt zudem eine die Revolution herbeisehnende, zugleich aber abwartende Haltung zum Ausdruck, die durch den Begriff des «revolutionären Attentismus» (Dieter Groh) treffend charakterisiert wird.

Insbesondere nach dem Landesstreik, der von breiten Kreisen als Revolutionsversuch interpretiert worden war, versuchten Partei und Gewerkschaften die wachsende Entfremdung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft auszunützen und die Arbeiter vollends von der bürgerlichen Umwelt zu trennen. Denn eines stand für sie fest: «Die Arbeiterschaft von Buchsi denkt anders als ihr [Bürgerliche], aber das könnt ihr nie begreifen.» Gute Gelegenheit dazu boten die Maifeiern, deren Umzüge stets von roten Fahnen und Tambouren angeführt waren. Niemand würde diese gerne missen, war man überzeugt, «am wenigsten die vielen Spalier bildenden Spiesser, für die denn auch eine Anzahl Inschriften berechnet waren». Welche Bedeutung Symbole wie Fahnen und Transparente hatten, beweist auch die bewusste Verwendung von roter Tinte im Protokollbuch der Partei. 1919 veranstaltete die Union zusammen mit der Freien Jugend gar eine eigene Augustfeier, der offizielle Anlass galt als «patriotischer Klimbim». An die Arbeiter in den bürgerlichen Vereinen wurde der Appell gerichtet:

«Macht nicht mit an der Seite der Geldsackpatrioten, die diesen Anlass zu nichts anderem benutzen als die Arbeiter weiterhin nur als ihre Knechte benützen zu können! Wie 1291 die Eidgenossen sich zusammenschlossen, um vereint ihre Unterdrücker, die Landvögte, aus dem Land zu jagen, so haben wir nicht weniger Grund, uns zu vereinigen gegen unsere modernen Unterdrücker.»

Die Bemühungen zielten dabei immer in zwei Richtungen: Mobilisierung und Isolierung der eigenen Anhänger einerseits, Machtdemonstration gegenüber dem Bürgertum andererseits. Auf einen Nenner gebracht: «Lue, die Rote hei halt zäme!»[62]

Die ebenfalls zu diesem Zweck gegründeten Kultur- und Sportvereine wurden zumindest ansatzweise zu Trägern einer eigenständigen Gegen-Kultur. So der Männerchor, der an jedem grösseren Anlass auftrat und regelmässig die «Internationale», das «schöne Tendenzlied» sang. Tendenzlieder hatten eine ähnliche Funktion wie die klassenkämpferischen Parolen von Partei und Gewerkschaften: Sie drückten Hoffnungen und Sehnsüchte aus und zogen zudem politisch Desinteressierte und deklassierte Bürgerliche an die Arbeiterbewegung heran. 1920 spielte der Chor das Theaterstück «Die Waffen nieder», das «so recht die moralische Wirkung des Krieges auf die Menschheit» veranschaulichen sollte.[63]

Eine umfassende Zielsetzung gab sich die *Freie Jugend:* «Der Sozialismus hat in Russland festen Fuss gefasst, und auch in den übrigen Ländern wird sich die neue Zeit Bahn schaffen. Wir Jugendlichen, die wir seit Jahren am Hungertuch nagen müssen, sind verpflichtet, einig und geschlossen für den Sozialismus einzustehen. Das erfordert eine nie ruhende Agitation. Um uns diese Arbeit zu erleichtern, ihr Arbeitereltern, ist es unbedingt notwendig, dass ihr eure Söhne und Töchter in die Freie Jugend Herzogenbuchsee schickt. Dem bürgerlichen Jugendfang soll und muss durch unsere sozialdemokratische Jugendorganisation ein Damm entgegengesetzt werden. {...} Diese kämpft aber nicht nur gegen den bürgerlichen Jugendfang, sondern gegen alles, was die Arbeiterjugend in der Gewinnung einer sozialistischen Weltanschauung hindert. Sie kämpft gegen den Alkoholgenuss, gegen die Schundliteratur und die Schundvorstellungen der Kinos wie gegen die Auswüchse einer unsinnigen Sportsererei {sic!}. Die Jugendorganisation vermittelt der Arbeiterjugend durch Vorträge und Literatur Bildung und Wissen. Sie ist also im vollen Sinne eine Rekrutenschule der Partei und Gewerkschaften.»[64] Dieser Aufruf bringt klar zum Ausdruck, dass unter Arbeiterkultur in erster Linie eine Kultur verstanden wurde, die sich getrennt von der bürgerlichen Kultur realisiert, gleichzeitig veranschaulicht er die starke Verankerung der Jungburschen in *gutbürgerlichen Wertvorstellungen.*

Kulturell tätig war schliesslich der *Bildungsausschuss* der Partei, der die Bibliothek betreute, Kurse, Vorträge und Bilder- und Bücherausstellungen organisierte. Ob sich seine Aktivitäten grundsätzlich von den traditionellen,

auf soziale Anerkenung ausgerichteten Bildungsangeboten des Grütlivereins unterschieden, lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht abschliessend beurteilen. Die von ihm ausgeschriebenen Kurse in Buchhaltung, Stenografie und Französisch dienten neben der beruflichen Qualifikation der Arbeiter wohl auch dazu, Fixbesoldete an die Partei zu binden, was de facto die Preisgabe des ideologischen Hauptziels bedeutete. Und die beiden Lichtbildervorträge von Lina Bögli über ihre Weltreisen belegen, dass sozialistische Bildung immer auch darauf abzielte, dem arbeitenden Menschen die Welt der Sittlichkeit und der Schönheit zu erschliessen. Dennoch: Die Tendenz, sich über das politische Tagesgeschehen hinaus vom Bürgertum zu distanzieren, ist unübersehbar. Sie kommt nicht zuletzt im Vorhaben zum Ausdruck, den «Bären» zu kaufen und dort ein Volkshaus einzurichten. Die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission erreichte ihr Ziel jedoch nicht.

Dieses Scheitern ist symbolträchtig: Die Arbeiterbewegung von Herzogenbuchsee blieb beim Versuch, den Arbeitern eine «Ersatzheimat» zu schaffen, auf halbem Wege stecken. Davon zeugt allein schon folgende Rechnung: Die Stimmkontrolliste enthält 303 Namen. Soviel männliche, im Ort ansässige Atbeiter dürften die Buchser Industriebetriebe und Bauunternehmen unter Hinzunahme verwandter Gruppen vor allem aus Handel und Transportwesen ungefähr beschäftigt haben. Nur einmal wählten aber mehr als zwei Drittel davon sozialdemokratisch, im besten Fall etwas mehr als die Hälfte unterzog sich der Stimmkontrolle, und zirka ein Drittel gehörte der Partei an. Kein Wunder, dass wiederholt Klagen über die Gleichgültigkeit vieler Arbeiter laut wurden. In Parteikreisen hiessen sie schlicht «Aucharbeiter».

Wir haben gesehen, dass die Arbeiter in etlichen Betrieben gewerkschaftlich nach wie vor nicht organisiert waren, und dass die Lederarbeiter 1917 zwar beinahe zu 100 Prozent der Gewerkschaft angehörten, diese aber schon 1919 wieder zahlreiche Mitglieder verloren hatte. Diese Schwierigkeiten manifestierten sich bekanntlich auch während des Landesstreiks, an dem sich die Belegschaft der Seidenbandweberei nicht beteiligte; selbst Parteimitglieder sollen damals gearbeitet haben. Nach dem Streik kehrten zudem etliche Arbeiter der Partei den Rücken; namentlich die auswärtigen Gruppen erlitten einen Rückschlag. Ein Trend, der auch andernorts zu beobachten war: «Die Landsektionen sind von dieser Bewegung etwas betroffen worden. Wankelmütige Mitglieder fielen ab, die Gegensätze in den Dörfern haben sich seither verschärft.»[65]

Plakat von Richard Paul Lohse mit Foto von Jakob Tuggener (1947). Aus Kartenserie SABZ Bern

Aus einem weiter oben zitierten Aufruf geht hervor, dass nach wie vor zahlreiche Arbeiter in den bürgerlichen Dorfvereinen mitwirkten. So bereitete der ehemalige Oberturner und SP-Gemeinderat Johann Grütter den Turnverein 1920 erneut auf ein Turnfest vor und erhielt dafür von der Volkszeitung, die ihn knapp zwei Jahre vorher noch an den Pranger gestellt hatte, Komplimente. Auch der Musikgesellschaft gehörten etliche Arbeiter an; ihre Teilnahme am Maifeier-Umzug 1919 mussten sie aber damit begründen, «dass unsere Gesellschaft als Musikgesellschaft und nicht als politischer Verein mitwirkt». Anderer Ansicht war die Redaktion der Volkszeitung: «Eine Musikgesellschaft, welche sich in den Dienst der sozialdemokratischen De-

monstrationsversammlungen stellt, wird man in Zukunft halt doch als eine spezifisch sozialdemokratische ansehen müssen.» Trotzdem spielte der Verein wenig später auch an einem Grossanlass der BGB, wobei für die Tagwacht die «Todesverachtung erwähnenswert [war], mit der unsere Arbeiter, die zum grossen Teil unsere Musikgesellschaft ausmachen, den Bauern den Takt bliesen».[66] Todesverachtung hin oder her, die Loyalität der Arbeiter wurde gewiss auf die Probe gestellt, im Zweifelsfall entschied sich manch einer für den Verein und nicht für die Partei, für die Partizipation am Dorfleben mithin und nicht für die soziale Distanzierung.

1920 machten sich in der SPH ernsthafte Anzeichen einer Krise bemerkbar, ihre Anziehungskraft begann abzunehmen. Das äusserte sich etwa im Rücktritt zweier Gemeinderäte oder im schlechten Besuch der Hauptversammlung. Statt 63 Genossen wie 1918 oder 76 wie 1919 erschienen 1920 gerade noch 38 Genossen. Es kriselte jedoch nicht nur in Herzogenbuchsee. An einer Delegiertenversammlung des oberaargauischen Kreisverbandes beklagten sich Delegierte, die Tagwacht drucke zum Teil ihre Artikel nicht mehr ab. Es würden Wünsche laut, die bewährten Genossen möchten sich wieder etwas häufiger sehen lassen. Der kantonale Vorstand erhielt die Order, sich intensiver mit der Kommunalpolitik auf dem Land zu befassen. Und schliesslich kam die «unvermeidliche Freigeld- und Freilandfrage» zur Sprache: «Die Tatsache, dass viele Genossen auf dieses Nebengeleise abschwenken, sollte doch die Partei endlich dazu bewegen, zu diesen Theorien Stellung zu nehmen.»[67]

Viele Hoffnungen, die sich mit der starken Mobilisierung in den Jahren ab 1916 verbanden, waren nicht in Erfüllung gegangen. Das sozialistische Arbeiterparadies jedenfalls liess auf sich warten; das Bürgertum hielt hartnäckig stand. Zudem grub es den Sozialdemokraten etwas das Wasser ab, indem es sozialpolitisch vermehrt aktiv wurde, zum Beispiel in der Wohnungsbaufrage oder auch mit einer von der Fortschrittspartei eingereichten Motion, die eine obligatorische Krankenversicherung für die Gemeindebürger verlangte. Ausgleichend wirkten auch der Frauenverein, der im «Kreuz» eine Lesestube mit unter anderem sozialistischen Zeitschriften einrichtete, oder die Volkszeitung, die 1920 mehrmals wohlwollende Artikel über Anlässe des Arbeitermännerchors und des SPH-Bildungsausschusses abdruckte. Die Polarisierung war Ende 1920 so weit abgebaut, dass SPH und Fortschrittspartei eine gemeinsame Veranstaltung zum Arbeitsgesetz durchführten – ein noch zwei, drei Jahre vorher völlig unvorstellbares Ereignis.

In dieser Situation führten allein schon die häufigen Versammlungsverbote in den Jahren 1919/20, zuerst wegen der Grippe, dann wegen der Maul- und Klauenseuche, dazu, dass bei den Arbeitern die «Fühlung untereinander» teilweise verloren ging. Immerhin fielen ihnen 1920 Mai- und Augustfeier zum Opfer, und es gab «Zeiten des völligen Stillstandes im politischen Leben».[68] Das traf die Partei in ihrem Lebensnerv, denn Kommunalpolitik nahm für sie einen grossen Stellenwert ein. Faktisch aber bedeutete die Beteiligung an Exekutivämtern genauso wie die konsequent vertretene Proporzpolitik den Verzicht auf das ideologische Hauptziel, die Zerstörung des Kapitalismus, und den Anfang der Kompromisspolitik.

3. Ein Schritt zurück

«Auf dem idealen Flugfeld beim ‹Sternen› herrscht bald reges Leben, {...} und schon erwartet man den ‹grossen Vogel› von Basel her. Um halb vier Uhr erscheint er und surrt bald über dem Dorf, von klein und gross jubelnd begrüsst. Bald nachher beginnt das Fliegen {...} Ob Arbeiter, ob Bauer oder Unternehmer – einerlei, sie wagen es frisch. Auch unsere Genossen sind dabei und lösen eine Karte.»[69]

3.1. Die Organisationen

Die Krise der Nachkriegszeit setzte der schweizerischen Arbeiterbewegung gewaltig zu. Auch die SPH verlor bis 1928 kontinuierlich an Mitgliedern; damals gehörten ihr gerade noch 55 Männer an, 1920 waren es über 100 gewesen. Der Versammlungsbesuch ging ebenfalls rapide zurück, so dass der Wunsch nach einer Mitgliederliste laut wurde, «damit alle einander besser kennen». Der Ruf nach «frischerem Leben in unserer Sektion» war notorisch, der Austritt von zehn Mitgliedern nach einer verlorenen Gemeindeweibel-Wahl, bei der sich verschiedene Genossen konkurrenziert hatten, symptomatisch. Dem Parteisekretär blieb nichts anderes übrig, als mit resignativem Unterton festzustellen: «Sozialisten sind nur diejenigen, die das eigene Interesse hinter dasjenige ihrer Klasse stellen können.»[70]

Die organisatorischen Folgen dieses Krebsganges blieben nicht aus: Schon 1921 war die SPH zur Auffassung gelangt, «die Union als solche habe keinen Zweck mehr». Danach hielt diese gerade noch eine Versammlung ab und

stellte ihre Tätigkeit, ohne einen entsprechenden Beschluss zu fassen, ein. Drei Jahre später tauchte zwar der Wunsch auf, neuerlich eine Union zu gründen, «um so wichtige Angelegenheiten auf breiterer Basis erledigen zu können», und weil die «Sektionen der umliegenden Ortschaften auf schwachen Füssen» standen, doch er wurde vorläufig nicht in die Tat umgesetzt. Auch die sozialistische Jugendgruppe löste sich, nachdem die schweizerische Dachorganisation der Kommunistischen Partei beigetreten war, sang- und klanglos auf. Die Einzüger, die zugleich die Funktion von Vertrauensleuten wahrnahmen, wurden durch einen einzigen Mann ersetzt, der für seine Arbeit eine Jahresentschädigung von 30 Franken erhielt. Und der Bildungsausschuss zweifelte daran, ob sein zwei Vorträge umfassendes Winterprogramm durchführbar sei «neben den vielen Vereinsanlässen».[71]

Als zuverlässiger *Seismograph* für politische Stimmungen und für die Einschätzung der sozioökonomischen Gesamtlage erweisen sich oftmals die *Maifeiern:* Mit einem Streik hatten sich die Buchser Arbeiter 1917 einen freien Nachmittag erkämpft, doch 1923 kehrten sie wieder zu schlichten Abendfeiern ohne Umzug zurück. 1924 lautete die Begründung dafür so: «Man war allgemein der Ansicht, die Feier am Abend abzuhalten, da die Reaktion zu gross ist. Es sei nicht zu verantworten, die Arbeiter brotlos zu machen.»[72]

Der *Zerfall der Militanz* ging so weit, dass sich die politische Arbeit weitgehend auf das Mitwirken in den Behörden beschränkte und auf plebiszitäre Strategien praktisch verzichtet wurde. So forderte die Partei den Gemeinderat zwar auf, den öffentlichen Wohnungsbau zu forcieren, andernfalls sehe sie sich gezwungen, das Initiativrecht zu gebrauchen, doch hoffe sie nicht, «den Gemeinderat mit solchen Mitteln zwingen [zu] müssen». Ähnlich lag der Fall bei der Forderung nach einer öffentlichen Gasversorgung. Den ersten Vorstoss unternahm ein SP-Gemeinderat, doch als die Behörden zögerten, war es nicht die Partei, sondern ein nicht organisierter Arbeiter, der eine entsprechende Initiative lancierte.

Besonders drastisch ist das Schicksal der Lederarbeiter-Gewerkschaft, der zeitweise fast alle Schuhfabrik-Arbeiter angehört hatten. Ab 1923 erschienen in der Gewerkschaftszeitung keine Berichte mehr aus Herzogenbuchsee. Mehrere Wiederbelebungsversuche endeten mit einem Misserfolg.

In dieser für die Arbeiterbewegung allgemein schwierigen Zeit wirkten sich die spezifischen Bedingungen einer ländlichen Arbeiterbewegung besonders negativ aus. Probleme bereitete vor allem die Wohnortverteilung der

Im «National» fanden ab 1933 die Versammlungen der SPH statt.

Arbeiter, die zum weitaus grössten Teil aus den umliegenden Orten stammten. Sie waren von der Kommunikation teilweise abgeschnitten, sie hatten einen schlechteren Zugang zur Subkultur der Arbeiterbewegung und befanden sich in einer stärkeren Abhängigkeit vom Arbeitgeber, weil sie vielfach eigene Häuser besassen und über schlechtere berufliche Qualifikationen verfügten. Ihre Familienangehörigen betrieben überdies oft noch etwas Landwirtschaft, so dass sie nicht ausschliesslich auf den Verdienst aus ihrer Lohnarbeit angewiesen waren (duale Oekonomie).

Gegen Ende der 20er Jahre begann sich wieder ein *Aufschwung* abzuzeichnen. Im Herbst 1928 wurde eine Arbeiter-Union gegründet, der die Partei, die Textilarbeiter-Gewerkschaft, der Männerchor, die Radfahrer, die 1927 entstandene Naturfreunde-Vereinigung sowie die 1929 neu gegründete Gewerkschaft der Schuhfabrikarbeiter angehörten. In den folgenden Jahren organisierten sich die Bau- und Holzarbeiter; eine Transportarbeiter-Gewerkschaft (VHTL), ein Damenturnverein und eine SP-Frauengruppe entstanden,

und schliesslich waren auch die Metallarbeiter in der Union vertreten. 1942 zählte die Ortsgruppe Herzogenbuchsee der SMUV-Sektion Langenthal 90 Mitglieder. Grösste Gewerkschaft war aber die der Lederarbeiter, die 1934 über 300 und 1937 nahezu 900 Mitglieder hatte, wobei ihr nun auch die Arbeiter der Hug-Fabrik in Dulliken angehörten.

Ende 1933 zählte die Partei 103 Mitglieder, davon 25 Frauen. Die Union zog eine Vertrauensleute-Organisation auf und dokumentierte ihr gestiegenes Selbstvertrauen mit der Äuffnung eines Volkshaus-Fonds. Am 1. Mai wagten sich die Arbeiter ab 1931 wiederum auf die Strasse. Die Umzüge fanden allerdings nicht mehr am Nachmittag, sondern am Abend statt. Immerhin wurden Transparente mitgetragen und Sprechchöre traten in Aktion: «Hug gibt unsern Vätern Schuhe statt Geld», «Faschismus heisst Krieg».

Zu diesem Aufschwung trugen wesentlich das Entstehen der reaktionären bis faschistischen *Fronten* sowie die vom Gewerkschaftsbund (SGB) und der SPS lancierten Initiativen und Referenden bei. So mobilisierte ein Referat von Ernst Reinhard über den Frontismus gegen 300 Personen; der erfolgreiche Referendumskampf gegen den Lohnabbau (1933) führte der Partei ein knappes Dutzend Bahn- und Postbeamten zu, und im Abstimmungskampf um die Kriseninitiative (1935), für die in Herzogenbuchsee 262 Unterschriften gesammelt wurden, konnten die Parteisektionen der umliegenden Orte reaktiviert werden.

Die 30er Jahre lassen sich punkto Mobilisierungskraft und Geschlossenheit jedoch nicht mit der Zeit von 1916 bis 1919 vergleichen. So blieben die Schuhfabrik-Arbeiter den Maifeiern grösstenteils fern. Zum Glück falle der 1. Mai nächstes Jahr auf einen Sonntag, schrieb der Tagwacht-Korrespondent 1931, «da wird dann nachmittags gefeiert werden, und die Pflanzblätze haben dann Ruhe». Die Partei lehnte es auch ab, eine Jugendorganisation zu gründen, weil «wir schon so viele Vereine haben, die Jugendliche aufnehmen». 1937 brach schliesslich ein offener Konflikt zwischen Partei und Union aus. Stein des Anstosses war das Stimmrecht der auswärtigen Unionsmitglieder in Gemeindeangelegenheiten. Das Gewerkschaftskartell trat darauf aus der Union, die wenig später aufgelöst wurde, aus. Dieser Schritt basierte zwar auf einem Beschluss des SGB-Kongresses von 1936, mit dem verhindert werden sollte, «dass einzelne Kartelle zu Tummelplätzen unruhiger Elemente werden», doch war für den Austritt eine Frist von drei Jahren eingeräumt worden. Die viel beschworene *Einheit von Gewerkschaften und Partei* war damit endgültig dahin. Die SPH verlor in den folgenden Jah-

ren wiederum zahlreiche Mitglieder und zog sich nach Kriegsausbruch in die «Defensive der Verständigungspolitik» zurück.

3.2 Die soziale Lage

Vor allem dank eines massiven Preiszerfalls kam die Arbeiterschaft in den 20er Jahren trotz Lohnsenkungen in den Genuss wesentlicher *Reallohnverbesserungen*. Diese Tendenz hielt in abgeschwächter Form bis 1934 an. Zu einer Beschönigung der Lage besteht allerdings kein Anlass. Das Auskommen der Arbeiter lag nach wie vor wenig über dem Lebensnotwendigen, wobei dieses im Vergleich mit dem Ausland schon recht anspruchsvoll war. Das mag mit ein Grund sein, dass die Linke in der Schweiz stagnierte.

Von den gestiegenen Reallöhnen profitierte nur, wer vollbeschäftigt war. Schon die Krise von 1921/22 hatte aber eine grosse *Arbeitslosigkeit* zur Folge. 1922 waren davon im Jahresdurchschnitt 67 000 Personen betroffen; zahlreiche Arbeiter mussten durch Kurzarbeit schwere Lohneinbussen hinnehmen. In Herzogenbuchsee blieben die Arbeiter weitgehend davon verschont, da die Schuhindustrie einen grossen Bedarf an Arbeitskräften hatte. 1922 wurden nie mehr als 30 Ganzarbeitslose vermeldet, praktisch niemand war von Teilarbeitslosigkeit betroffen.

In der folgenden konjunkturellen Blütezeit litt nur die Belegschaft der Seidenbandweberei unter Arbeitslosigkeit. Die Textilarbeiter-Gewerkschaft zahlte 1923 bis 1925 über 15 000 Taggelder aus. 1927 erfolgte ein Lohnabbau von 10 Prozent, und 1932 standen die Arbeiterinnen und Arbeiter gerade noch einen Drittel der normalen Arbeitszeit am Webstuhl oder in der Werkstatt. Von den 33 angestellten Personen verdiente keine mehr als 1500 Franken jährlich.

Die *Weltwirtschaftskrise* setzte in der Schweiz zwar erst 1931/32 ein, und sie hatte im Vergleich zum Ausland weniger gravierende Folgen. Trotzdem bewirkten die lange Dauer und die heftigen politischen Auseinandersetzungen, dass sie tief ins Bewusstsein der Bevölkerung eindrang. Breite Schichten mussten einen *Lohnabbau* von real rund 10 Prozent in Kauf nehmen. Schlimmer war die *Arbeitslosigkeit*, die 1936 mit 93 000 Personen oder 5 Prozent der aktiven Bevölkerung den Höchststand erreichte. Auch in Herzogenbuchsee setzte erst ab 1933 eine grössere Arbeitslosigkeit ein – vor allem in den Wintermonaten. Der Höhepunkt war im Februar 1936 mit 78 Ganzarbeitslosen,

davon 56 Bauarbeitern, erreicht. Im Sommer ging die Arbeitslosigkeit jeweils beträchtlich zurück; 1936 waren im Jahresdurchschnitt 42 Personen oder 2,7 Prozent der aktiven Bevölkerung ganzarbeitslos. Die Zahl der Teilarbeitslosen stieg mit Ausnahme des Sommers 1936, als sie kurzfristig 200 betrug, selten über 30 an; 1935 lag ihre Zahl im Jahresdurchschnitt bei 18 Personen. All diese Zahlen, hinter denen sich vermutlich eine beträchtliche Dunkelziffer und gewiss viel Elend verbergen, liegen relativ tief. Dies ist weitgehend dem Umstand zuzuschreiben, dass ein Grossteil der Arbeitslosigkeit in die umliegenden Dörfer exportiert werden konnte.

Die Krise und der Generalstreik von 1918 hatten zwar einen beinahe euphorischen sozialpolitischen Aufbruch gebracht, doch er fiel bald der bürgerlichen Reaktion zum Opfer. So zum Beispiel die von der Fortschrittspartei 1920 geforderte obligatorische Krankenversicherung für alle Gemeindebürger, die von der Gemeindeversammlung jedoch deutlich abgelehnt wurde. Deshalb waren dank des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes von 1912 weiterhin nur die Fabrikarbeiter zwangsläufig gegen Arbeitsunfälle versichert. Ein anderes Beispiel ist die vom Bund 1917 eingeführte Unterstützung von Arbeitslosen, die laufend verschlechtert und 1924 in ein reines Subventionsgesetz umgewandelt wurde. Im Kanton Bern waren 1931 erst 39 Prozent der unselbständig Erwerbenden gegen Arbeitslosigkeit versichert. Im selben Jahr beschloss der Grosse Rat ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, das die Gemeinden ermächtigte, für ihre Bürger ein Obligatorium einzuführen. In Herzogenbuchsee geschah dies 1933. Die Taggelder der Arbeitslosenkassen, sowohl der öffentlichen wie der gewerkschaftlichen, beliefen sich auf 50 bis 60 Prozent eines Lohnes. Noch länger, bis 1947, galt es zu warten, bis die Alters- und Hinterbliebenenversicherung verwirklicht war.

3.3 Arbeitskämpfe

Was die Lederarbeiter-Gewerkschaft nach dem Streik von 1919 vorausgesagt hatte, trat in den 20er Jahren tatsächlich ein: Die Unternehmer hatten aus diesem und den vorangegangenen Konflikten ihre Lehren gezogen, allerdings andere, als sich die Arbeiter vorgestellt hatten. Sie waren nach wie vor nicht zu Konzessionen bereit und schalteten nun bei allen Auseinandersetzungen den Schuhfabrikanten-Verband ein. So 1921, als Rapp nach resultatlosen Verhandlungen vor dem Einigungsamt einen zehnprozentigen Lohn-

abbau mit Hilfe seines Verbandssekretärs durchsetzte. Dieser liess jeden Arbeiter einzeln vortraben und hiess sie, die Lohnsenkung per Unterschrift zu akzeptieren. Der Widerstand war damit gebrochen.

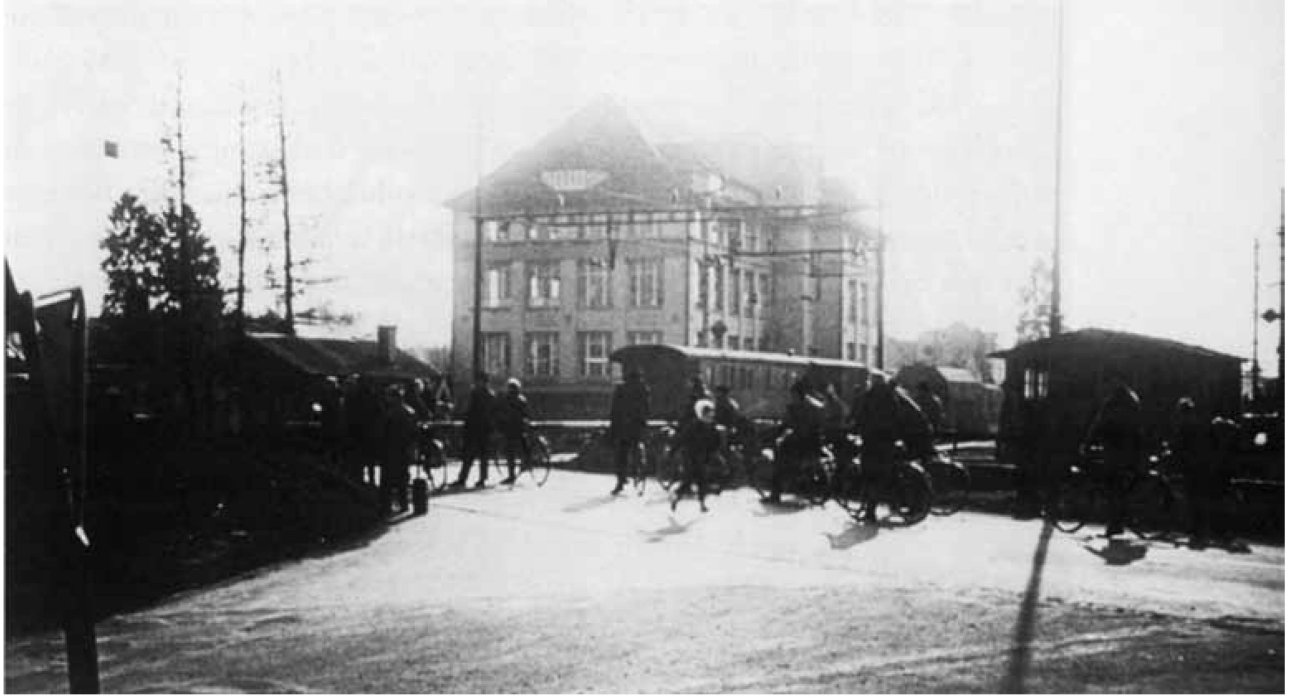
Sowohl vom Thema wie vom Ablauf her beispielhaft war der nächste Konflikt, der mit einer vernichtenden Niederlage endete, die sogar die Defacto-Auflösung der Gewerkschaft und damit die totale Demobilisierung der Schuhfabrik-Arbeiter zur Folge hatte. Es ging um die nach dem Landesstreik eingeführte *48-Stunden-Woche*. Auf Drängen des Schuhfabrikanten-Verbandes, so jedenfalls die Gewerkschaftszeitung, ordnete die Firma Hug im März 1922 eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 52 Stunden an. Die Arbeiterschaft entschloss sich vorerst, «den Kampf mit ihrem Herrn auch diesmal wie 1919 zu Ende zu führen, und sie hat es bis zur heutigen Stunde gehalten bis auf acht neuhinzugezogene Zuschneider; es wurde nämlich nicht länger gearbeitet, die 48-Stunden-Woche wurde innegehalten».[73] Hug unternahm einen zweiten Versuch, wobei er diesmal die Arbeitszeitverlängerung nur für einen Teil der Arbeiter vorsah. Er hatte wiederum keinen Erfolg, und die Gewerkschaft zog den Fall vor das Einigungsamt. Die hier geführten Verhandlungen scheiterten aber genauso wie die zwischen dem Gewerkschaftssekretär und der Firmenleitung. Hug zog nun den Sekretär des Schuhfabrikanten-Verbandes bei, der dem Konflikt die entscheidende Wende gab: Er veranlasste die Firmen Rapp und Stuber, ebenfalls die 52-Stunden-Woche einzuführen. Während die Stubersche Belegschaft die Arbeitszeitverlängerung in einer Abstimmung guthiess, lehnten die Arbeiter von Rapp das Begehren ab und traten geschlossen der Gewerkschaft bei. Nur wenige Tage später kapitulierten sie aber, und auch die Hug-Arbeiter gaben dem Druck nach. 1923 war die 48-Stunden-Woche in sämtlichen Buchser Fabrikbetrieben ausser Kraft gesetzt. Zusammen mit der Arbeitszeitverlängerung hatten die Unternehmer meist auch Lohnkürzungen beschlossen. Diese zu akzeptieren waren die Arbeiter eher bereit; sie setzten sie deshalb – erfolglos – als Verhandlungsmasse ein.

Dass sich die Hug-Arbeiter 1929 wieder gewerkschaftlich organisierten, hatte sich die Firma selber zuzuschreiben: Als sie in der Fabrik Fliessbänder einrichtete, stellte sie die Arbeiterschaft kurzerhand und entschädigungslos für sechs Tage auf die Strasse. Die Gewerkschaft suchte um Verhandlungen nach, doch blieben ihre Schreiben unbeantwortet. Patron Hug liess die Arbeiter per Anschlag wissen, dass für ihn die Gewerkschaft nicht existiere. Der Gemeinderat, dem auch Hug angehörte, heizte die Stimmung weiter an, in-

dem er den Gemeindesaal für eine öffentliche Veranstaltung der Union nicht freigab. Wiederum schaltete die reaktivierte Gewerkschaft das Einigungsamt ein und erreichte, dass Hug 60 Prozent der ausgefallenen Löhne nachzahlte. Gleichzeitig weigerte er sich aber, die Gewerkschaft zu anerkennen und richtete eine eigene Arbeitslosenkasse ein.

In den folgenden Jahren änderte die Gewerkschaft ihre Strategie. Obschon laufend Klagen über ungerechte Behandlung, über die ständige Erhöhung des Fliessbandtempos, die Verhängung ungerechtfertigter Bussen, die Verkürzung der Mittagspause und die teilweise Entlöhnung mit fehlerhaften Schuhen erschienen, sah sie vorläufig von Kampfmassnahmen ab. Ihr Hauptaugenmerk richtete sie auf den *Ausbau der Organisation*, gleichzeitig versuchte sie mit den Unternehmen Verträge abzuschliessen. 1931 erreichte die Gewerkschaft ihre Anerkennung durch Stuber, was als «ein schöner Erfolg der jungen Gruppe» gefeiert wurde. An den Versammlungen diskutierten die Mitglieder über Arbeitstarifverträge, obschon man sich bewusst war, dass diese von den Unternehmern kaum akzeptiert würden. Schliesslich forderten die Hug-Arbeiter, dass anstelle der Hauskommission, der ein Gewerkschafter angehörte, eine Gewerkschaftskommission trete. Bezeichnend für diese Strategie ist die Deklarierung des Jahres 1934 als ein «Jahr des Kampfes» mit der Begründung, es seien 53 Vorstandssitzungen abgehalten und über 1000 Korrespondenzen geführt worden.

Im Frühling 1937 kam es dennoch zu einem *Streik*, der nun allerdings wohlvorbereitet war und als letztes Mittel zur Durchsetzung verschiedener Forderungen diente. Zuvor war monatelang verhandelt worden über die starke Rationalisierung des Betriebes, eine Lohnforderung von 15 Prozent und die Frage der Dislokation eines Teils der Arbeiterschaft von Herzogenbuchsee nach Dulliken. «Als man schon glaubte, auf gütlichem Wege in bezug auf die Lohnfrage als auch in andern Fragen einzuwenden», rief die Gewerkschaftsführung wegen des Vorgehens eines Angestellten auf den 2. April dennoch den Streik aus. Gleichzeitig betonte sie, dass «die Arbeiterschaft aufrichtig am Gedeihen der Firma mitarbeiten will», und dass «absolut kein Anlass besteht, keine Schuhe, die von dieser Firma stammen, mehr kaufen zu wollen».[74] Nach Verhandlungen vor dem Einigungsamt und zwischen den Parteien selber wurde der Streik, an dem sich über 600 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligt hatten, nach 19 Tagen abgebrochen. Die Gewerkschaft feierte ihn als grossen Erfolg, allerdings nicht in erster Linie wegen der teilweisen Erhöhung der Akkordansätze, sondern wegen dessen Verlaufs.



Schuhfabrik Hug

Laut dem von der Gewerkschaftszentrale in einem nüchternen Communiqué-Stil abgefassten Streikbericht stellte die Durchführung ausserordentliche Anforderungen an die Leitung. «Man stellt sich vor, dass Arbeiterinnen und Arbeiter aus 40 Gemeinden beteiligt waren. Da die am Streik Beteiligten an ihrem Wohnort kontrolliert wurden, brauchte es einen grossen Vertrauensmännerapparat. Da in Herzogenbuchsee seit langer Zeit an dem Aufbau des Vertrauensmännerkörpers gearbeitet wurde, gelang es, die ganze Kontrolle lückenlos zu gestalten. [...] Provokationen kamen von keiner Seite vor. Die Streikleitung vermied trotz strenger Absperrung des Betriebes jede aggressive Handlung. Im Anfang versuchten einige wenige, Streikbrecherdienste zu machen. Sie wurden abgewiesen. Der ganze Verlauf hat gezeigt, dass, wenn die notwendigen Organe vothanden sind, ein Kampf mustergültig durchgeführt werden kann. [...] Die Arbeiterschaft ist gestärkt aus dem Konflikt hervorgegangen. Sie hat daher auch die Möglichkeit, weitete Erfolge zu erringen.»[75]

Mit diesem Streik hatte die Gewerkschaft den Unternehmern bewiesen, dass «ein ruhiges, sachliches Verhandeln und ein einsichtiges Prüfen der Vorschläge der Gewerkschaft durch die Vertreter der Firma unnötige Spannungen vermeiden kann».[76] Gleichzeitig hatte sie demonstriert, dass sie eine *Ordnungsmacht* geworden war, die ihren Mitgliedern ein rationales Streikverhalten beigebracht hatte. Letztlich liess die Gewerkschaftsführung die Arbeiter streiken, damit sie künftig nicht mehr streiken müssten.

Dieser Streik verdeutlicht im weiteren, dass die Gewerkschaft ihre Ziele nun völlig unabhängig von der Sozialdemokratischen Partei verfolgte. Formelhafte Einheitsbeschwörungen – zum Beispiel: «Schliesst euch der Gewerkschaft und Sozialdemokratischen Partei an und kämpft mit uns am Aufbau des Sozialismus!» – wie sie in Versammlungsberichten der Buchser Lederarbeiter 1931 noch üblich gewesen waren[77], hatten ausgedient. Um über den Streik berichten zu können, druckte die Tagwacht eine Reportage der linkssozialistischen Zürcher Wochenzeitschrift ABC ab. Von der Gewerkschaft wurde sie nur noch mit dürren Communiqués abgespiesen, die die Firma Hug in das bestmögliche Licht rückten. Sie habe «anderen Schuhbetrieben ein gutes Beispiel gegeben», hiess es da, oder: «Wir stellen ausdrücklich fest, dass keine Ursache besteht, die Produkte der Schuhfabrik Hug zu meiden. Die getroffenen Abmachungen verpflichten uns, die Produkte der Firma Hug in warme Empfehlung zu rufen.»[78] Wie weit sich die Gewerkschafter und die Partei voneinander entfernt hatten, lässt sich auch daran ermessen, dass die Schuharbeiter – kurz nach erfolgreichem Streik notabene – der Maifeier grösstenteils fernblieben.

Zu dieser *Entfremdung* hatte allerdings auch die SPH beigetragen: Was in den Fabriken vor sich ging, kümmerte die Partei ab den 20er Jahren kaum mehr gross. Und während früher Streikbrecher sich vor dem Vorstand rechtfertigen oder gar einen Ausschluss gewärtigen mussten, wurde 1933 ein Parteigenosse, der der Arbeitslosenkasse der Firma Hug angehörte, gegen gewerkschaftliche Angriffe verteidigt. Es herrschte die Auffassung, so der kantonale Parteisekretär an einer SPH-Versammlung, «dass die Gewerkschaften ihre Aufgabe absolut nur auf wirtschaftlichem Gebiet zu erfüllen haben, die Partei dagegen sei zur Erreichung des sozialistischen Zieles auf dem Platz».[79]

3.4. Kommunalpolitik

In den 20er und 30er Jahren massen die Sozialdemokraten der Gemeindepolitik grosse Bedeutung zu. Denn: «Wie die Gemeinde die Urzelle der sozialen Beziehungen ist, so ist die sozialdemokratische Gemeindepolitik die Grundlage der sozialdemokratischen Politik im allgemeinen.» Robert Grimm, von dem dieser Satz stammt, sah vor allem in der Sozial- und Kulturpolitik ein weites Betätigungsfeld; seine konkreten Postulate zeigen jedoch die recht engen Grenzen, die den Sozialdemokraten gesetzt waren:

einige waren vielerorts schon erfüllt (Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Schulspeisungen, Ferienheime, Bibliotheken), andere liessen sich in ländlichen Gebieten schwer realisieren (Kinderhorte, Berufsberatung, Wohnungsinspektion). Vielfach war ihre Verwirklichung wohl als Katalysator für die Gesetzgebung in Bund und Kantonen gedacht: Schwangerenschutz, Stipendien, Altersfürsorge, Arbeitsbeschaffung. Ein weiteres Schwergewicht sah Grimm im Ausbau der Kommunalbetriebe, wobei er sich bewusst war, dass sie «innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft selbstverständlich nicht in dem Sinne eine rein sozialistische Politik treiben können, dass sie auf die gegebenen Verhältnisse keine Rücksicht nehmen». Schliesslich forderte er kommunalen Wohnungsbau und eine «gross angelegte Bodenpolitik».[80]

Was in der Theorie recht radikal tönte, so Grimms Anspruch, der sozialdemokratische Kampf in den Gemeinden richte sich «gegen den Kapitalismus, gegen die Profit- und Genusssucht der Besitzenden auf Kosten der Unterdrückten», erwies sich in der Praxis als eine *Politik der kleinsten Schritte*. Jedenfalls in Herzogenbuchsee, wo die Partei der Auffassung war: «Der Fortschritt kommt nicht von selbst; er muss in unermüdlicher Kleinarbeit erobert werden.»[81] Diese Kleinarbeit bestand insbesondere darin, die Geschäfte der Gemeindeversammlungen ausgiebigst zu besprechen. Kein anderes Thema nahm an den Parteiversammlungen einen ähnlich breiten Raum ein. Die Partei betreibe nur noch «Kirchturmpolitik», kritisierte ein Genosse einmal.

Ein wichtiges Anliegen war der SPH der Ausbau der *kommunalen Betriebe*. Die SPH setzte sich vehement für den Rückkauf des Stromnetzes ein, musste im ersten Anlauf, 1927, mit 123 zu 28 (!) Stimmen aber eine klare Niederlage einstecken. Ebenso abgelehnt wurde die Einführung einer öffentlichen Gasversorgung. Eine elektrische Kocheinrichtung koste 700 Franken, hatte die SPH argumentiert. «Eine solche ‹Volksküche› kann sich doch nur der Gutsituierte, der Reiche leisten! Die Gasküche ermöglicht die Verwendung des bisherigen Kochgeschirrs; die Gasapparate sind billig. Das Gas selber kommt viel billiger zu stehen als die Holzfeuerung.»[82] Kein geringerer als Robert Grimm bemühte sich im Abstimmungskampf nach Herzogenbuchsee, um hier ein Referat zu halten.

Weitgehend erfolglos setzte sich die Partei für den *kommunalen Wohnungsbau* ein. 1923 stellte der Gemeinderat wohl auf sozialdemokratische Initiative hin den Antrag, zehn Arbeiterwohnungen bauen zu lassen; die Gemeindeversammlung bewilligte nur den Bau von fünf Einfamilienhäuschen im Holz.

Sechs Jahre später arbeitete der Gemeinderat auf Geheiss der Gemeindeversammlung, die eine sozialdemokratische Motion angenommen hatte, eine Botschaft für den Bau eines Reihenhauses mit vier bis fünf Wohnungen aus. Das Projekt wurde an der Urne mit 200 zu 80 Stimmen verworfen. Daneben unternahm die Partei an Gemeindeversammlungen aber nur wenige Vorstösse: Mit Erfolg schlug sie den Bau einer Turnhalle beim Burgschulhaus vor. Im Grundsatz hiess die versammelte Gemeinde auch die Einführung der Schulzahnpflege gut; doch sprach sie statt des geforderten Kredits von 2000 Franken nur einen solchen von 500 Franken. Schliesslich gelang es der Partei, die Wiedereinführung des Schiessunterrichts für Kadetten zu verhindern. «Arbeiter! Das ist die reinste Reaktion! Rückwärts soll das Rad gehen; nicht Ausbildung des Körpers, nicht Stählung der Muskeln, sondern militärischer Drill ist das Höchste! Ist das die Lehre des jammervollen Weltkrieges?»[83]

Den weitgehenden Verzicht auf plebiszitäre Mittel kompensierte die SPH durch ihre Mitarbeit in den Kommissionen und im Gemeinderat. Dabei stiess sie bei den Bürgerlichen auf hartnäckigen Widerstand. Nicht Sachpolitik, sondern *Machtpolitik* führte zu den härtesten Auseinandersetzungen, die Herzogenbuchsee in den 20er und 30er Jahren erlebte. Insbesondere bei den Ressortverteilungen im Gemeinderat spielten FDP und BGB ihre Machtposition rücksichtslos aus. 1925 erhielten die drei Sozialdemokraten gerade ein Kommissionspräsidium zugesprochen, während die sechs Bürgerlichen neun Ämter unter sich aufteilten. In nächster Zeit habe die Gemeinde Wichtiges zu tun, monierte SP-Gemeinderat Samuel Steiner, «zu dessen Verwirklichung die Mitwirkung und finanzielle Unterstützung aller Bevölkerungskreise nötig ist, was im Frieden geschehen könnte, wenn nicht Wind gesät würde. Wer aber Wind sät, wird Sturm ernten, und wir möchten den Bürgerlichen empfehlen, nicht zu vergessen, dass man die Sozialdemokraten manchmal sehr nötig hat».[84]

Vier Jahre später sollte ein sozialdemokratischer Gemeinderat gegen seinen erklärten Willen die Kommission wechseln. «Dass die neugewählten Herren ganz einfach diktieren, was ihnen passt und was nicht, das ist schon etwas Neues», beklagte sich die Partei. Und: «Arbeiter, merkt ihr, was da gespielt wird? Man behandelt uns wie Schulbuben. Wir werden das nicht so bald vergessen.» Die SPH wies gleichzeitig daraufhin, dass die Sozialdemokraten landauf, landab bestrebt seien, «mitzuwirken und mitzuarbeiten im öffentlichen Leben, sei es im Bund, in den Kantonen oder in den Gemeinden».[85] Die Partei verfasste in der Folge ein Protestschreiben, und die sozial-

demokratischen Gemeinderäte boykottierten die Sitzungen. Erst nach rund zwei Monaten, als wieder die alte Ressortverteilung eingeführt worden war, kehrten sie in den Gemeinderat zurück.

Ebenfalls machtpolitisch motiviert war der Zusammenschluss von FDP und BGB zur *Bürgerpartei* (1933), der es gelang, das Proporzsystem abzuschaffen. Die SPH dazu: «Die Reaktion wütet wie nicht so schnell an einem andern Ort. Die Herren sind ganz aus der Haut gefahren. Alles soll nun unternommen werden, damit die Arbeitnehmerschaft völlig entrechtet ist.» Sie wertete den Zusammenschluss und die Majorz-Initiative als einen Versuch, «unsere Frontisten vor den Karren der alten Dorfmagnaten zu spannen, doch dürfte umgekehrt auch gefahren sein». Und sie fragte in staatsmännischer Manier: «Sollen Streit und Zank wieder die Gemeinde erfüllen, wie vor der Zeit des Proporzes, sollen sogar Schlägereien wieder üblich werden, wie damals? Nein, Gemeindebürger, das hilft uns nicht in der heutigen Krisenzeit. Die Arbeiterschaft will nicht nur Steuern bezahlen, sie will auch mitreden. Glaubt man aber, sie politisch auszuschalten, dann nimmt sie den Kampf auf.»

Den einzigen Pluspunkt in der Wiedereinführung des Majorzes sah die SPH darin, dass «wieder etwas mehr ‹Leben in die Bude› kommt als in den letzten Jahren».[86]

Die *Wahlen* in Herzogenbuchsee wickelten sich zunächst stets nach demselben Muster ab. Während die Sozialdemokraten ihre Kandidaten Tage im voraus bekanntgaben und in der Tagwacht einige Artikel veröffentlichten, traten die bürgerlichen Parteien erst kurz vor dem Wahltag an die Öffentlichkeit. Meist mit knappen Aufrufen, die sich vor allem durch Seitenhiebe gegen die Sozialdemokraten auszeichneten: «Ein Gemeinwesen unter sozialdemokratischer Leitung! Verhindern wir Experimente der roten Internationale rechtzeitig.» Ein sozialdemokratischer Lehrer wäre «eine Schande», liessen sie die Stimmbürger vor einer Lehrerwahl wissen. Und der Tagwacht wurde vorgeworfen, dass sie «vor Hass gegen das Bürgertum förmlich trieft», deshalb gelte es, «jedem Sozialdemokraten die Stimme grundsätzlich [zu] verweigern».[87] Die SPH charakterisierte die Wahlkämpfe so:

«Die Totenstille im Dorf herum ist nichts anderes als eine List. Ganz im Stillen arbeiten einige bürgerliche Politiker; in letzter Stunde wird dann noch ein ganzer Schmutzkübel über die ‹Sozi› ausgeleert und am Sonntag geht's mit drei oder vier Automobilen zur Urne. Diese Taktik ist uns nicht neu. Man weicht schön jeder Diskussion aus und plötzlich wird die Stille zum Sturm.»[88]

Bemerkenswert ist die kontinuierlich *sinkende Stimmbeteiligung*. Bei den Gemeinderatswahlen ging sie von 74 Prozent im Jahr 1921 auf 64 Prozent

1929 zurück. Es waren vor allem die Sozialdemokraten, die ihre potentiellen Wähler nicht mehr mobilisieren konnten: 1921 betrug die Parteistärke 195, 1929 noch 182 Wähler. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Stimmberechtigten von 690 auf 860. 1925 verlor die SPH deshalb ihr viertes Mandat an die Freisinnigen, die in den 20er Jahren um 40 Wähler zulegten und ab 1925 mit über 200 Wählern die stärkste Partei waren. Die BGB stagnierte bei rund 120 Wählern. Interessanterweise war die SP aber bei National- und Grossratswahlen stets mit Abstand die stärkste Partei.

Einen *giftigen Wahlkampf* inszenierten die vereinigten Bürgerlichen 1934. In der Lokalpresse war vom «Machtdünkel der Marxisten» und von «Scharfmachern und Parteibonzen» die Schreibe. Es sei damit zu rechnen, hiess es weiter, «dass es auch bei uns in absehbarer Zeit zu einer ernsthaften Auseinandersetzung zwischen der den Klassenkampf befürwortenden Sozialdemokratie und unserer die Solidarität und Einigkeit des gesamten werktätigen Volkes erstrebten Bürgerschaft wird kommen müssen».[89] Die SPH versprach den Wählern, sich dafür einzusetzen, «die Gemeinde als Zelle des Staates in sozialem und freiheitlichem Sinne gesund zu erhalten».[90] Sie behielt mit solch zurückhaltenden Formulierungen das bessere Ende klar für sich. Bei einer Stimmbeteiligung von 83 Prozent gewann sie gegenüber 1929 über 120 neue Wähler, die Bürgerpartei nicht einmal 50. Trotz Majorz konnte sie ihre drei Sitze behalten, mit Proporz wären es sogar vier geworden.

1935 einigten sich die Parteien bei den Kommissionswahlen auf einen *gemeinsamen Wahlvorschlag*, was auch von den Wählern akzeptiert wurde, wiesen doch sämtliche Kandidaten fast durchwegs dieselben Stimmenzahlen auf. In der Volkszeitung wurde dies als Zeichen dafür gewertet, «dass man des Parteigezänkes müde ist und hüben und drüben die Einsicht aufdämmert, dass wir alle im gleichen Schiff sitzen und miteinander schwimmen oder untergehen».[91] Während des Krieges wurden die Wahlen im stillen Verfahren abgewickelt, wobei ältere Genossen nach wie vor skeptisch blieben: «Reinhard Fritz Vater war der Auffassung, dass eine Partei wie die unsrige den Wahlkampf aufnehmen möchte.»[92]

3.5. Die veröffentlichte Meinung

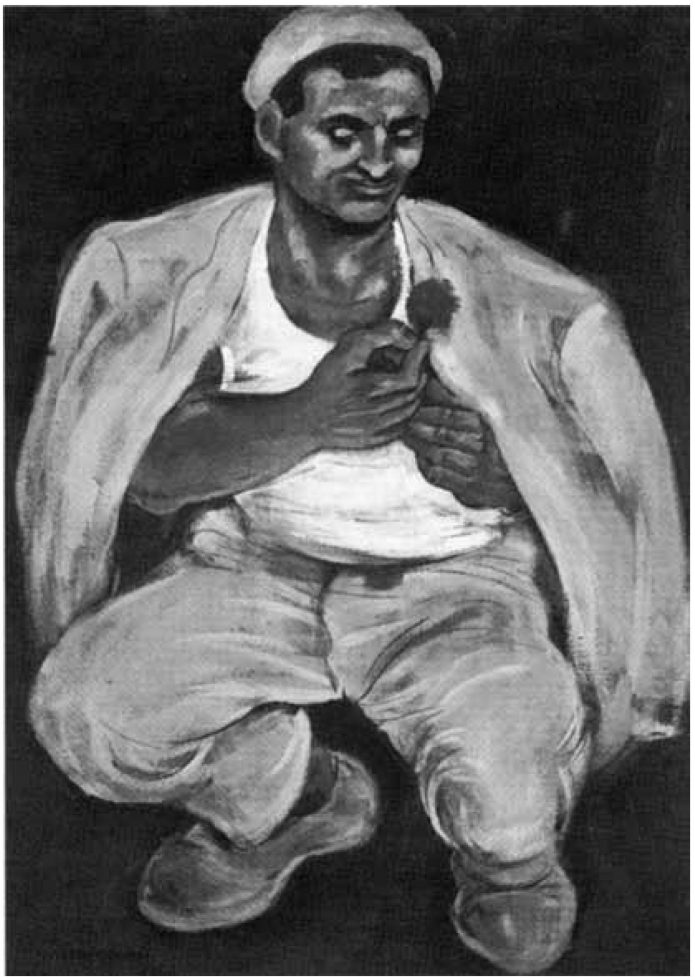
Die Arbeitervereine hatten ein *ungestörtes Verhältnis* zu den beiden Lokalzeitungen. Einerseits scheint es selbstverständlich gewesen zu sein, Voranzeigen und Berichte von Anlässen nicht nur der Tagwacht, sondern auch der

Volkszeitung und dem Landboten zuzustellen und hier Inserate aufzugeben, andererseits wurden diese Einsendungen anstandslos abgedruckt. Sogar die Gründung des Arbeiter-Turnvereins oder einen Empfang der Arbeiter-Sänger durch die Arbeiter-Turner und -Radler vermeldeten die Blätter.

Über die Aktivitäten der *Partei* und der *Gewerkschaften* berichteten die beiden Zeitungen in den 20er Jahren indes nie. So war kein Wort über den Kampf der Schuhfabrik-Arbeiter gegen die Arbeitszeitverlängerung zu lesen; ein parlamentarischer Vorstoss des Buchser SP-Grossrates Hans Müller über die Lage der arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen der Seidenbandweberei blieb unerwähnt, und wenn derselbe Hans Müller nicht eine in der Volkszeitung veröffentlichte Erklärung zum Fernbleiben der SP-Gemeinderäte von den Gemeinderatssitzungen geschrieben hätte, wäre auch über dieses Ereignis nichts in der Lokalpresse gestanden. Kommentiert wurde der Boykott weder von der einen noch der anderen Zeitung.

Bürgerliche Kreise hätten natürlich die Möglichkeit gehabt, sich mit den Sozialdemokraten öffentlich auseinanderzusetzen. Ausser vor Wahlen, die immer wieder Gelegenheit boten, den «Roten» eins auszuwischen, schwiegen sie die SPH aber, wie vor den Zeiten des Landesstreiks, tot. Auch die Tagwacht-Artikel aus und über Herzogenbuchsee provozierten vorerst keine Entgegnungen. Das Motto lautete: «Lasse man sie schreiben, und ärgere man sich nicht!»[93]

1929 erschien im Landboten zum ersten Mal nach rund zehn Jahren eine direkte Replik auf einen Tagwacht-Artikel, worin die Öffentlichkeitsscheu von FDP und BGB kritisiert worden war. Ab 1931 waren die Sozialdemokraten endgültig nicht mehr tabu für die Lokalpresse. Die Gründe dafür lassen sich nur erahnen: die SPH hatte sich im politischen System einigermassen etabliert, zudem befand sie sich wieder im Aufschwung, und das Bürgertum kam nicht länger umhin, sie als ernst zu nehmende politische Kraft zu betrachten. Insbesondere während des Frontenfrühlings wurde die SPH, allen voran ihre beiden Gemeinderäte Hans Müller und Hans Graber, regelmässig heftig attackiert. Umgekehrt hielt ein Einsender in der Volkszeitung fest, Müller habe «ein glänzendes Plädoyer zugunsten des Proporzwahlsystems» gehalten. Und: «Die Zukunft wird zeigen, ob Herzogenbuchsee am 13. September 1933 gut beraten war.»[94] Parallel zur *politischen Polarisierung* begannen sich alte Fronten also aufzuweichen. Denn auch die SPH benutzte die Lokalpresse ab 1933 als Propaganda-Plattform – und zwar im redaktionellen wie im Inserateteil.



Mario Comensoli: Fremdarbeiter (1960). Aus der Kartenserie Verlag Schweizerische Arbeiterbildungszentrale Bern SABZ

Der in Gang gekommene Entspannungsprozess widerspiegelte sich in der Berichterstattung über den 1937er-Streik der Hug-Arbeiter. Beide Blätter bemühten sich um Sachlichkeit und verzichteten auf einseitige Schuldzuweisungen: «Es hat fast den Anschein, dass von beiden Seiten versucht werden soll, durch passives Verhalten einen Zermürbungsprozess herbeizuführen.»[95]

3.6. Integration in Gemeinde und Gesellschaft

Die letzten Kapitel haben gezeigt, dass die Sozialdemokratische Partei vom Bürgertum im Verlauf der 30er Jahre als politischer Widersacher akzeptiert

wurde. Der Abbau der Gegensätze war weit genug fortgeschritten, um auch bei der Vergabe von relativ wichtigen Ämtern Wahlabkommen zu schliessen; die Verteilung der Gemeinderatsressorts ging nun reibungslos über die Bühne, und die BGB unterstützte gar einen SP-Kandidaten für die Gerichtsschreiber-Stelle. Die *machtmässige Integration* war damit weitgehend vollzogen.

Der Grundstein dafür war schon 1917/18 gelegt worden, als Herzogenbuchsee das Proporzsystem einführte, das der SPH den Einzug in die Behörden ermöglichte. Von diesem Zeitpunkt an bekräftigte sie dauernd ihren Willen zu konstruktiver Mitarbeit, ihre Bereitschaft, Kompromisse mittragen zu helfen. Den Tatbeweis trat sie mit einem weitgehenden Verzicht auf Obstruktionspolitik und eine plebiszitäre Strategie an. BGB und FDP honorierten dieses Verhalten jedoch nicht. Sie trugen damit wesentlich zum Weiterbestehen einer «latenten Bürgerkriegsstimmung» (Erich Gruner) bei, die durchaus in bürgerlichem Interesse lag, denn diese legitimierte die kompromisslose Haltung gegenüber den Sozialdemokraten. 1933 schien sogar der Zeitpunkt gekommen zu sein, den Einfluss der SPH mit Hilfe der Erneuerungsbewegungen weiter zurückzudämmen. Doch schon zwei Jahre später schlossen SPH und Bürgerpartei ein Wahlabkommen ab. Weshalb diese plötzliche Kehrtwendung?

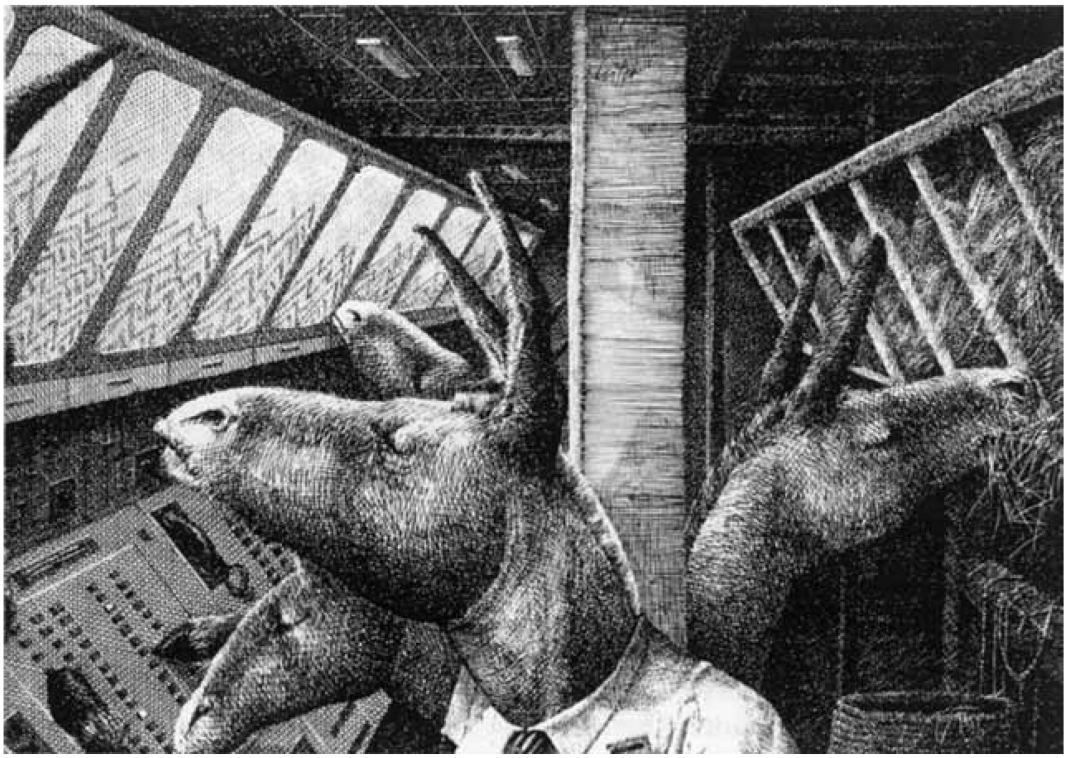
Die Erneuerer kamen zu diesem Zeitpunkt wegen der Vorgänge im Ausland und ihrer inneren Zerstrittenheit als Koalitionspartner bereits nicht mehr in Frage. Umgekehrt bekannte sich die SPS nun nicht nur in der Praxis, sondern auch programmatisch zur Demokratie, und sie hiess die militärische Landesverteidigung gut. Einige Sozialdemokraten hatten allerdings Mühe, alte Glaubenssätze über Bord zu werfen. So stimmten die beiden SPH-Delegierten am SPS-Parteitag 1935 gegen die Landesverteidigung. 1936 wandte sich ein Genosse gegen die Wehrkredite und vertrat die Ansicht, «dass die Volksfront in unserm Land noch nicht grosse Fortschritte gemacht habe, trotz der Zustimmung der S.P.S. zur Landesverteidigung». Wenig später kritisierte der Parteipräsident «das Verhalten der Nationalräte, die der Wehrvorlage zugestimmt haben».[96] Gleichzeitig zweifelten viele Bürgerliche an der Aufrichtigkeit des sozialdemokratischen Sinneswandels. So fragte sich der freisinnige Gemeindepräsident Paul Moser in seiner 1.-August-Ansprache von 1933, ob die SPS nicht aus purem Opportunismus handle.

Die Anerkennung der bürgerlichen Demokratie und der Landesverteidigung hätte allein also kaum ausgereicht für die von der SPH seit langem

angestrebten machtmässigen Integration. Diese war zugleich eine *machtpolitische Notwendigkeit* geworden. Die SPH gewann bei den Gemeinderatswahlen 1934 zahlreiche neue Wähler und lag nur um 70 Wähler hinter der Bürgerpartei zurück. Bei der Stichwahl um das Gemeindepräsidium lautete das Stimmenverhältnis bloss noch 370 zu 345 für den bürgerlichen Kandidaten. Und auch bei den Grossrats- und Nationalratswahlen legten die Sozialdemokraten in den 30er Jahren zu.

Wie brüchig die bürgerliche Mehrheit geworden war, zeigten zudem die eidgenössischen Abstimmungen. Das Referendum gegen die Lex Schulthess II (Lohnabbau für das eidg. Personal), das in Herzogenbuchsee ein Aktionskomitee, bestehend aus dem Föderativverband des eidgenössischen Personals, dem bernischen Staatspersonalverband, dem Lehrerverein Herzogenbuchsee-Seeberg, dem Kaufmännischen Verein und der Arbeiter-Union getragen hatte, war mit 429 zu 256 Stimmen erfolgreich. Die Lex Häberlin II (Staatsschutzgesetze), gegen welche die Arbeiter-Union allein gekämpft hatte, lehnten die Buchser mit 389 zu 286 Stimmen ab. Mit ähnlichen Stimmenverhältnissen waren in Herzogenbuchsee 1922 und 1924 zwar schon die Lex Häberlin I und die Lex Schulthess I verworfen worden, doch hatten diese Abstimmungen weniger Einfluss auf das politische Klima, weil bald ein wirtschaftlicher Aufschwung folgte und die Klammer des Antikommunismus und Antisozialismus noch viel fester war. So wurde gleichzeitig die Vermögensabgabe-Initiative der SPS, gegen die im Landboten sogar einige Konsumgenossenschafter gewettert hatten, mit 522 zu 85 Stimmen wuchtig abgelehnt. Eine ganz andere Wirkung hatte 13 Jahre später die Kriseninitiative, die nur ganz knapp mit 401 zu 375 Stimmen verworfen wurde. Den Ausschlag für die Ablehnung hatte wohl die Nein-Parole des Handwerker- und Gewerbevereins gegeben, was diesen aber nicht daran hinderte, bei den Nationalratswahlen im darauffolgenden Herbst, «Mittelstandsleute» der BGB, FDP oder SP zur Wahl zu empfehlen.

Ungefähr gleichzeitig wie die machtmässige Integration der Buchser Arbeiterbewegung vollzogen sich auch die *betriebliche* und *wirtschaftliche* sowie die *innergewerkschaftliche Integration*. Das heisst einerseits, dass die Gewerkschaften, in Herzogenbuchsee in erster Linie der Bekleidungs- und Ausrüstungsindustriearbeiterverband, von seiten der Unternehmer als Verhandlungspartner akzeptiert wurden; ein Ziel, das die Gewerkschaftsspitze nach dem Streik von 1937 zweifellos erreicht hatte. Zweitens zeigte dieser Streik auch, dass die Bürokratisierung und Mitgliederdisziplinierung weit



Martial Leiter: Le progrès/Der Fortschritt (1966). Aus Kartenserie SABZ Bern

fortgeschritten waren: Sein Erfolg beruhte auf einem grossen Vertrauensmännerapparat; Verhandlungsstrategie, Informationspolitik und den Zeitpunkt des Streikabbruchs bestimmten die Verbandsführung.

Die *ideologische* und *kulturelle Annäherung* der Sozialdemokratie an den bürgerlichen Staat und an die bürgerlichen Werte schlechthin erfolgte hingegen nicht erst in den 30er Jahren. Mit der Programmänderung von 1935 wurde nur sanktioniert, was sich unter der Oberfläche eines Wortradikalismus längst schon abgezeichnet hatte. Nur selten kommt allerdings die Übernahme bürgerlicher Ideologeme so deutlich zum Ausdruck wie in jenem Versammlungsprotokoll von 1927, das die Äusserung eines Referenten wiedergibt, der wissenschaftliche Sozialismus beinhalte die Forderung «freie Bahn dem Tüchtigen». Eine Ausnahme ist auch, dass jemand so offen sein Vertrauen in eine Institution des bürgerlichen Staates ausspricht wie Gross- und Gemeinderat Hans Müller, als er 1930 vor den versammelten Schuhfabrikarbeitern zum Loblied auf das bernische Fabrikinspektorat ansetzte. Und kaum einmal tritt das unterschwellige Bedürfnis, sich mit der ganzen Gesellschaft zu versöhnen und vereinen, so klar zu Tage wie im Zitat, das

über diesem Kapitel steht: «Ob Arbeiter, ob Bauer oder Unternehmer – einerlei [...].»

Dass da nicht aus Einzelfällen eine Tendenz konstruiert wird, beweisen die Aktivitäten der Arbeiter-Kulturvereine und des Arbeiterbildungsausschusses. Die zahlreich veranstalteten Lichtbildervorträge entführten die Arbeiter aus dem grauen Fabrikalltag in die Schönheit der Bergwelt und in exotische Länder und Kontinente. Die «Reiseziele» waren Ägypten, der Balkan und Abessinien, das Wallis und das Oberland, China, die Wildnisse Zentralbrasiliens, das Engadin, das Bergell, die Dolomiten, Skandinavien. Diese Anlässe unterscheiden sich kaum von solchen der Mittwochgesellschaft, ausser dass die Referenten in der Regel der Arbeiterbewegung entstammten. *Naturbegeisterung* wurde auch mit eigenen Reisen zu wecken versucht, nur führten sie weniger weit: in die Buchsibärge, den Jura oder im besten Fall auf den Niesen.

Dass sich die Buchser Arbeiter auf kulturellem Gebiet formal wie inhaltlich weitgehend *(klein)bürgerlichen Vorbildern* angepasst hatten, zeigen besonders drastisch ihre Feiern. Am 1. Mai wurden nach dem obligaten politischen Referat «bunte Abende» mit Tombolas und Tanz durchgeführt, was laut schweizerischer Arbeiterbildungszentrale «besser zu vermeiden» gewesen wäre. Vor allem für die jüngere Generation scheint die Geselligkeit einen grossen Stellenwert eingenommen zu haben, wie aus einem Bericht über die 1928er Feier hervorgeht:

«Viele jüngere Teilnehmer vermissten nun eine flotte Tanzkapelle, um wie bei früheren Feiern noch die Gemütlichkeit zu pflegen. Ältere Genossen vermissten zwar etwas anderes, nämlich den Nachmittagsumzug, der seit Jahren weggelassen wird.»[97]

Die Ausnahme, die die Regel bestätigt: 1933 war am 1. Mai ein «proletarischer Unterhaltungsabend» angesagt. Ob er zustande kam, und was da genau geboten wurde, ist jedoch unbekannt. Überliefert ist hingegen, dass die Arbeitervereine 1935 ein Waldfest veranstalteten und die Arbeiter aufforderten, die Alltagssorgen für ein paar Stunden zu vergessen, und «bei Glücksspiel, Tanz oder Trunk gemütlich zu sein.»

Bei den Theateraufführungen versuchten die Arbeitervereine ebenfalls, den Alltag für kurze Zeit vergessen zu machen, indem sie den Zuschauern die *heile Welt* der Volksstücke, Komödien und Schwanke vorsetzten. Eine Titelauswahl: «Das Allerseelenkind», «Der Schicksalsschmied», «Der Weibel von Ins», «Auf Seewis-Alp», «Der Letzte vom Mattenhof», «Wenn du noch eine Mutter hast». Ab 1928, als sich im Arbeiter-Männerchor ein Jodlerquartett

bildete, wurde auch die volkstümliche Musik zu einem festen Bestandteil der Veranstaltungen und Feste. Wollte die Partei, etwa bei Wahlveranstaltungen, politisches Theater zeigen, musste sie auswärtige Gruppen einladen. So spielte eine Gruppe aus Bern das «politische Spiel» «Dividende 15 Prozent», und das Arbeiterkabarett Langenthal führte bei einem anderen Anlass Sprechchöre, Gesang und eine dramatische Darstellung auf.

Die Aktivitäten der Buchser Arbeitervereine kontrastieren augenfällig mit den Vorstellungen der *Arbeiterbildungszentrale:* «Wir müssen die Arbeiter zu den Unterhaltungsabenden führen, die auch durch das Gefühl wirken. Wir müssen uns dazu aber der Abfälle bürgerlicher Unkultur entledigen. Wir müssen den Schund ausmerzen, der bloss verdirbt, die Zeit ausfüllt – aber nicht das Herz. Wir dürfen uns nicht in einer blossen Vereinsmeierei verfangen, die der menschlichen Natur so wohlgefällt und der des Schweizers ganz besonders. Es darf nicht einfach ein Netz von Vereinen geben, in der Proletarier stecken.» Oder: «Wir stellen die Fragen und Schicksale unserer Klasse dar. Das bunte Programm aus der Kehrichtgrube der Bürgerlichen, wie es heute leider noch so oft gespielt wird, ist Mist. Wenn bunte Abende veranstaltet werden sollen, muss Tendenz darin sein. Sie müssen das Arbeiterleben zum Gegenstand haben. Sie müssen Klassenprobleme behandeln und Freude am Sozialismus pflanzen. Aber alles muss sich in aufsteigender Linie bewegen: empor zum Licht! Motive sind die arme Familie, die Ausbeutung, das Klassenbewusstsein, der Streik, das Kreuz auf Golgatha.»[98]

Der Kurs in Bern, an dem die Arbeiterbildungszentrale diese Ideen erläuterte, wurde von der SPH bezeichnenderweise nicht beschickt. *Freude am Sozialismus* versuchten die Arbeiter-Organisationen hier in erster Linie mit unzähligen *politischen Referaten* – meist zu Abstimmungsvorlagen, aber auch zu allgemeinen Fragen sozialdemokratischer (Gemeinde)-Politik – oder mit den vom Arbeiter-Männerchor nach wie vor gesungenen Tendenzliedern zu pflanzen. Einmal organisierte die Partei noch einen Film über die Errungenschaften der sozialistischen Regierung Wiens. Und quasi als Trost für die verpasste Revolution liess sie über die Bauernkriege und die Französische Revolution referieren, oder der Arbeiter-Männerchor führte die «Räuber» von Schiller auf. Ein Drama, das die Bühne in ein Tribunal gegen die ungerechte Welt verwandelt und so gewiss auch einen kleinen Beitrag zur *Stärkung des Klassenbewusstseins* leistete.

Obschon die Arbeitervereine in der zweiten Hälfte der 30er Jahre mit anderen Organisationen eine punktuelle Zusammenarbeit eingingen, so als

der Bildungsausschuss und die Naturfreunde zusammen mit der Mittwochsgesellschaft und dem Alpenclub ein Kulturfilm-Komitee ins Leben riefen, wurde nach wie vor versucht, die Arbeiter von der bürgerlichen Gesellschaft zu trennen. Mit der Gründung der Arbeiter-Union im Jahr 1928 verstärkte sich diese Tendenz noch. Die Aufrufe, aus den «sogenannten ‹neutralen› Vereinen» auszutreten, mehrten sich, am 1. Mai wurde auf Rituale wie Umzug, Fahnen, Transparente zurückgegriffen, die Union äuffnete einen Volkshausfonds. Die *Absonderungsstrategie* gipfelte im Parteiausschluss eines Lehrers, der dem bürgerlichen Männerchor angehörte und diesen an der August-Feier von 1938 dirigiert hatte.

Was den Arbeiter-Organisationen schon während des Kriegs nur teilweise gelungen war, brachten sie jetzt aber erst recht nicht zu Stande: Die Abkapselung war in einer Zeit *fortgeschrittener gesellschaftlicher Differenzierung* obsolet geworden. Die Arbeiter liessen sich insbesondere nicht daran hindern, in den zahlreichen Vereinen mitzuwirken. Sie schossen bei der Freischützen-Gesellschaft und konnten dort gewiss nicht einhalten, was für die Mitglieder des Arbeiterschützenbundes seit 1928 Vorschrift war, nämlich nur noch das Pflichtschiessen zu absolvieren. Während der gesamten 20er Jahre war ein SPH-Mitglied Oberturner des bürgerlichen Turnvereins gewesen, sein 1933 gewählter Nachfolger arbeitete in einer Schuhfabrik. Der gleichzeitig amtierende Präsident der Musikgesellschaft war ebenfalls Schuhfabrikarbeiter, und im Fussballclub wie im Turnverein gehörte «der Grossteil der Mitglieder zur Arbeiterklasse».[99]

Es ist eine weit verbreitete Meinung, so das Handbuch der Schweizer Geschichte, dass die SPS in den 30er Jahren, «an die Gründungsziele der Sozialdemokratischen Partei von 1888» anknüpfte. Ein Vergleich der Parteiprogramme mag diesen Schluss tatsächlich nahelegen, doch darf ein gewichtiger Unterschied nicht ausser acht gelassen werden: Aus einer kleinen, ohnmächtigen Schar Unentwegter, die ihre Ziele auf reformistischem Weg zu erreichen versuchte, war über den Umweg einer politischen Radikalisierung und ideologisch-kulturellen Absonderung eine grosse Bewegung geworden, die, um den Preis einer weitgehenden Anpassung zwar, Aufnahme in den Kreis der Regierenden fand. Kurz: zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück.

Anmerkungen

[1] Gr, 91/12. 8. 1898.
[2] Jahresbericht Sommersemester 1876, S. 60, Wintersemester 1877/78, S. 18f.
[3] Jahresbericht 1880/81, S. 27.
[4] Gr, 132/12. 11. 1901, 152/31. 12. 1901, BeTw, 21/11. 3. 1904. Es wird kein Zufall sein, dass der Handwerker- und Gewerbeverein ab der Jahrhundertwende begann, sich mit Gemeindepolitik zu befassen.
[5] BeTw, 62/5. 8. 1903.
[6] Prot. SPH-Versammlung 24. 8. 1933.
[7] BeTw, 23/19. 3. 1904.
[8] BeTw, 33/25. 4. 1906.
[9] BeV, 91/11. 11. 1908. Rikli war der erste sozialdemokratische Nationalrat des Kantons Bern. Allerdings war ihm schon 1907 vorgeworfen worden, dass er «durch seine Allerweltsdienerei in unserer Ortschaft einer sozialdemokratischen Politik ein Hemmschuh sein muss.» BeTw, 11/13–1. 1907. 1917 sagte sich Rikli offiziell von der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion los.
[10] BeTw, 191/18. 8. 1909.
[11] BeTw, 146/25. 6. 1907.
[12] BeL, 21/12. 3. 1904.
[13] BeTw, 101/20. 12. 1905.
[14] BeTw, 87/29. 10. 1902. Gr, 16/20. 1. 1910.
[15] BeTw, 67/22. 8. 1903.
[16] BeTw, 67/22. 8. 1903, 85/24. 10. 1903. Jahresbericht 1903, S. 79f.
[17] BeTw, 186/10. 8. 1907.
[18] BeL, 77/25. 9. 1909.
[19] BeL, 19/5. 3. 1904. BeV, 20/9. 3. 1904.
[20] Gr, 53/5. 3. 1909, BeTw, 53/4. 3. 1909.
[21] BeTw, 301/24. 12. 1909.
[22] BeV, 95/26. 11. 1902, 90/9. 11. 1904. 1902 war Dürrenmatt mit Hilfe der Grütlianer in den Nationalrat gewählt worden.
[23] BeL, 87/30. 10. 1907.
[24] BeL, 93/20. 11. 1901, 90/9. 11. 1910, 94/21. 11. 1908.
[25] Dürr, Urbanität, S. 144, 171ff.
[26] Vetterli, Industriearbeit, S. 143.
[27] BeTw, 7/10. 1. 1909.
[28] Gr, 274/21. 11. 1908, 302/28. 12. 1908.
[29] Gr, 274/24. 11. 1908.
[30] BeTw, 18/23. 1. 1913.
[31] BeV, 72/8. 9. 1909.
[32] BeTw, 82/9. 4. 1910.
[33] Müller, Grütliverein, S. 588.
[34] BeV, 88/3. 11. 1906, BeL, 9/3. 1. 1907.
[35] SPH-Jahresbericht 1919 – In: Protokollband 2.
[36] BeTw, 184/9. 8. 1930.

[37] ebd.
[38] SLZ, 10/12. 5. 1917.
[39] BeTw, 35/12. 8. 1918.
[40] Grüner, Parteien, S. 132.
[41] BeTw, 87/14. 4. 1919.
[42] BeTw, 69/22. 3. 1917.
[43] BeV, 68/16. 6. 1917. Gesamtschweizerisch zählte man 692 000 notstandsberechtigte Personen, ein Sechstel der Bevölkerung (1918).
[44] BeTw, 191/16. 8. 1916.
[45] BeTw, 190/15. 8. 1916.
[46] SLZ, 9/19. 8. 1916.
[47] SLZ, 10/12. 5. 1917.
[48] BeTw, 107/8. 5. 1917.
[49] Der Generalstreik. In: Protokollband 2.
[50] Erwägungen des Divisionsgerichtes 3, Bern 8. 5. 1919. BAr E 5330 1/1919, 23.
[51] Der Generalstreik. In: Protokollband 2.
[52] SLZ, 18/30. 8. 1919, 8/12. 4. 1919, 113/21. 6. 1919. Der Mitgliederrückgang ist wohl auf die Landesstreik-Niederlage von 1918 zurückzuführen sowie auf die hohe Personalfluktuation, für die die Gewerkschaft die miserablen Arbeits- und Lohnverhältnisse verantwortlich machte. Beim 1919er Streik handelte es sich wiederum um einen Spontanstreik, laut Gruner die «erste und niederste Stufe» aller Streikformen.
[53] SLZ, 16/2 .8. 1919.
[54] BeTw, 106/8. 5. 1920.
[55] BeV, 104/5. 9. 1916.
[56] BeL, 92/20. 11. 1918.
[57] Grüner, Arbeiter, S. 903 ff.
[58] BeTw, 61/13. 3. 1917.
[59] BeTw, 47/24. 2. 1917.
[60] BeTw, 91/19. 4. 1919, 95/24. 4. 1917, 239/17. 10. 1919.
[61] Prot. SPH-Versammlung 21. 12. 1918. SPH-Jahresbericht 1918. In: Protokollband 2. SLZ, 9/26. 4. 1919.
[62] BeTw, 276/28. 11. 1918, 101/3. 5. 1919, 172/31. 7. 1919, 132/11. 6. 1919.
[63] BeTw, 100/2. 5. 1918, 71/26. 3. 1920.
[64] BeTw, 299/26. 12. 1918.
[65] Jahresbericht 1918 SP Kanton Bern. In: BeTw, 111/15. 4. 1919.
[66] BeV, 49/29. 4. 1919, BeTw, 232/9. 10. 1919.
[67] BeTw, 69/24. 3. 1920.
[68] BeTw, 226/27. 9. 1919. SPH-Jahresbericht 1920. In: Protokollband 2.
[69] BeTw, 73/27. 3. 1928.
[70] Prot. SPH-Versammlung 22. 1. 1925, 6. 10. 1923, 19. 7. 1921.
[71] Prot. SPH-Versammlung 8. 4. 1921, 29. 3. 1924, 19. 10. 1924.
[72] Prot. SPH-Versammlung 29. 3 .1924.
[73] SLZ, 6/25. 3. 1922.
[74] Ausrüster, 16/17. 4. 1937.

[75] Ausrüster, 17/1. 5. 1937.
[76] Ausrüster, 24/22. 7. 1939.
[77] Ausrüster, 21/20. 6. 1931.
[78] BeTw, 91/21. 4. 1937.
[79] Prot. SPH-Versammlung 31. 3. 1937. Zumindest auf nationaler Ebene war diese Arbeitsteilung längst schon obsolet geworden. Der SGB nahm regelmässig zu politischen Fragen Stellung.
[80] Grimm, Gemeindepolitik, S. 32.
[81] BeTw, 236/9. 10. 1930.
[82] BeTw, 78/3. 4. 1930.
[83] BeTw, 79/7. 4. 1931.
[84] BeTw, 10/14. 1. 1925.
[85] BeTw, 16/21. 1. 1930,44/22. 2. 1930, 16/21. 1. 1930.
[86] BeTw, 161/13. 7. 1933, 175/29. 7. 1933, 213/12. 9. 1933, 216/15. 9. 1933.
[87] BeL, 96/5. 12. 1925, 101/17. 12. 1932, BeV, 115/30. 9. 1926.
[88] BeTw, 285/5. 12. 1932.
[89] BeL, 4/13. 1. 1934, 8/27. 1. 1934.
[90] BeTw, 2/4. 1. 1934.
[91] BeV, 140/29. 11. 1935.
[92] Prot. SPH-Versammlung 4. 12. 1941.
[93] BeL, 89/8. 11. 1922.
[94] BeV, 109/16. 9. 1933.
[95] BeV, 39/7. 4. 1937, 46/23. 4. 1937.
[96] Prot. SPH-Versammlung 17. 1. 1935, 14. 5. 1936, 11. 6. 1936.
[97] BeTw, 105/5. 5. 1928.
[98] BeTw, 63/17. 3. 1930, 64/18. 3. 1930.
[99] BeTw, 203/31. 8. 1932.

Bibliografie

1. Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv

Militärjustizakten (BAr, E 5330, 1/1919, 23).

Archiv der SPH

Vorstands- und Versammlungsprotokolle der Arbeiterpartei, Februar 1909 bis März 1913.
Vorstands- und Versammlungsprotokolle der SPH, Januar 1917 bis Dezember 1925 (Protokollband 2).
Vorstands- und Versammlungsprotokolle der Arbeiterunion, Februar 1919 bis Juli 1934.
Vorstands- und Versammlungsprotokolle der SPH, Januar 1926 bis Dezember 1936.
Vorstands- und Versammlungsprotokolle der SPH, Januar 1937 bis Dezember 1945.

2. Gedruckte Quellen

Zeitungen

Der Ausrüster, Organ des Verbandes der Bekleidungs- und Ausrüstungsindustrie-Arbeiter der Schweiz, 1930 bis 1939 (Ausrüster).
Bekleidungs- und Lederarbeiter, Organ des Schweizerischen Bekleidungs- und Lederarbeiter-Verbandes, 1923 bis 1930.
Berner Landbote, 1900 bis 1940 (BeL).
Berner Tagwacht, 1896, 1899 bis 1940 (BeTw).
Berner Volkszeitung, 1896, 1899 bis 1940 (BeV).
Grütlianer, 1896, 1899 bis 1916 (Gr).
Schweizerische Lederarbeiter-Zeitung, 1915 bis 1922 (SLZ).
Der Textil-Arbeiter, Organ des Schweizerischen Textilarbeiter-Verbandes, 1918 bis 1922.

Jahrbücher des Grütlivereins

Jahresberichte des Schweizerischen Grütlivereins, 1915/16.
Jahresberichte des Schweizerischen Grütlivereins, 1871 bis 1907 (Jahresbericht).
Jahrbücher des Schweizerischen Grütlivereins und der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, 1908 bis 1910.
Jahrbücher der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei und des Schweizerischen Grütlivereins, 1911 bis 1914.
Jahrbücher der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1915/16.

Diverse

Grimm Robert, Sozialdemokratische Gemeindepolitik, Bern 1929 (Grimm, Gemeindepolitik).
Jahresbericht des Schweizerischen Lederarbeiter-Verbandes für 1917.

2. Literatur (nur die zitierte)

Dürr Emil, Urbanität und Bauerntum in der Schweiz. In: Die Schweiz, ein nationales Jahrbuch, 1934 (Dürr, Bauerntum).
Gruner Erich, Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert, soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, Bern 1968 (Gruner, Arbeiter).
Gruner Erich, Die Parteien in der Schweiz, 2. Auflage, Bern 1977 (Gruner, Parteien).
Müller Felix, Zur Kultur und zum gesellschaftlichen Bewusstsein handwerklicher Arbeiter im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts, Vereinsleben und Diskussionen im Schweizerischen Grütliverein. In: Industrielle Welt, Band 37, Handwerker in der Industrialisierung, Stuttgart 1984 (Müller, Grütliverein).
Vetterli Rudolf, Industriearbeit, Arbeiterbewusstsein und gewerkschaftliche Organisation, dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890–1930), Göttingen 1978 (Vetterli, Industriearbeit).